



Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2001 des Regierungsrats

Vom 29. Januar 2002

Inhalt

Einleitung	2
Übersicht	2
Finanz- und Kirchendirektion	3
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	12
Bau- und Umweltschutzdirektion	22
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	31
Erziehungs- und Kulturdirektion	35
Antrag	42
Anhang I: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrats	43
Anhang II: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	63

1 EINLEITUNG

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2001. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Die anderen Informationsquellen

In den früheren Amtsberichten des Regierungsrates waren sehr viele Informationen in Form von Zahlen, Statistiken usw. enthalten. Diese waren zwar interessant, für den Landrat als Oberaufsichtsinanz der kantonalen Verwaltung aber oft wenig relevant.

Viele dieser Informationen sind in den neuen Amtsbericht nicht mehr aufgenommen worden. Sie sind aber zu einem grossen Teil in anderen Publikationen des Kantons zu finden, wie z.B. im **Statistischen Jahrbuch** oder in den anderen zahlreichen von der Verwaltung herausgegebenen Publikationen. Viele interessante Informationen werden im Verlaufe des Jahres anlässlich auch an Medienkonferenzen und in Medienmitteilungen von Direktionen, Dienststellen und Ämtern verbreitet.

Seit einiger Zeit steht ein äusserst vielfältiges aktuelles Informationsangebot im **Internet** auf der Web-site des Kantons (www.baselland.ch) zur Verfügung.

1.3 ÜBERSICHT

Ein Vergleich mit den im Jahresprogramm 2001 einleitend zusammengefassten Schwerpunkten der Regierungstätigkeit (Abschnitt 1.1 des Jahresprogramms 2001) zeigt, dass die gesetzten Ziele und Absichten in den Bereichen Bildungspolitik, Steuerpolitik, Verkehrspolitik und Sicherheitspolitik umgesetzt werden konnten. Ebenfalls erreicht werden konnten die Vorhaben im Zusammenhang mit der Weiterführung der Gerichtsreform. Als besonders erfreulich dürfen die gelungenen Feierlichkeiten sowie das Erscheinen der neuen Kantonsgeschichte im Rahmen des 500-Jahr-Jubiläums des Beitritts Basels zur Eidgenossenschaft bezeichnet werden.

Nicht erreicht werden konnte voraussichtlich die angestrebte Verbesserung der Staatsrechnung mit dem Ziel einer ausgeglichenen Verwaltungsrechnung und eines hohen Selbstfinanzierungsgrades. Auch das Projekt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung konnte aus verschiedensten Gründen nicht im vorgesehenen Umfang vorangetrieben werden.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Regierungstätigkeit (Abschnitt 1.2) ist festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Nicht zustande gekommen sind - aufgrund eines Volksentscheides - die Aktion reduzierter Gebühren für die Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger sowie -

aufgrund eines Entscheids des Landrats - der Übergang des Amtes für Industrielle Betriebe in die neue Industrielle Betriebe Baselland AG. Verzögerungen haben sich auch in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben.

Die Bilanzierung der im Jahresprogramm 2001 enthaltenen vielfältigen Programmpunkte des Regierungsrates und der Direktionen zeigt aber, dass die grosse Mehrheit der geplanten Vorhaben erfolgreich realisiert und die gesetzten Ziele weitgehend erreicht werden konnten.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen.

1.4 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahre 2001 beantwortete Interpellationen sowie schriftliche und mündliche Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge;
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1.1.2001 überwiesenen Postulate und nach dem 1.1.2000 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen. Ausserdem die eingetretenen Fristüberschreitungen begründet.

Linke Spalte = Jahresprogramm 2001

Rechte Spalte (unterlegt) = Amtsbericht 2001
--

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION

Programmpunkt Nr. 2.01	Finanzen
<p>Die finanzielle Steuerung des Kantonshaushalts soll mit zweckmässigen Instrumenten weiter verfeinert werden. Es wird eine neue leistungsfähige EDV-Architektur (Client-Server-Technologie) umfassend eingeführt. Im Vordergrund stehen im Sinne der Prozessoptimierung Verbesserungen bei den täglichen Abläufen bei der Buchführung, bei der Lohnadministration, beim Zahlungsverkehr und beim Liquiditätsmanagement; neu wird auch die Betriebsrechnung verbreitet.</p> <p>In einem Grossteil der Dienststellen wurden in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Leistungsaufträge erarbeitet. Geeignete Instrumente, um diese in administrativer Hinsicht einfach zu handhaben, werden eingeführt.</p>	

	Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.01.02	Weitere Verbreitung der modernen Client-Server-Architektur im Rechnungswesen, einschliesslich Verbreitung der zugehörigen Betriebsrechnung und der Fakturierung	Überführung der letzten Dienststellen auf Client-Server-Architektur abgeschlossen. Betriebsrechnung in Einführung.
2.01.05 (neu)	Einführen eines neuen EDV-Programms für die Lohnauszahlung; darin eingearbeitet die Daten der Teilrevision «Lohn»	erledigt
2.01.03	Einführung und flächendeckende Verbreitung eines EDV-gestützten Administrationssystems von Leistungsaufträgen (vgl. auch 2.11).	In Pilotbereichen (vor allem JPMD) in Gebrauch; steht anderen Direktionen zur Verfügung.

Programmpunkt Nr. 2.02	Steuern
<p>Hauptziel des Jahres 2001 sind die zeitgerechte Veranlagung 2001A und die Vorbereitung der reibungslosen Umstellung auf die einjährige Veranlagungsperiode (Kalenderjahr 2002), speziell die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerveranlagung, die Entwicklung der Formulare und Wegleitungen und die EDV-Anpassungen.</p>	

	Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.02.04	<p>Zeitgerechte Veranlagung der ausserordentlichen Einkünfte und Aufwendungen aus der Bemessungsperiode 1999/2000. Kontrolle der Wertschriftenverzeichnisse und Mitteilung an die Einwohnerinnen und Einwohner</p> <p>Durchführung des ersten einjährigen Steuerbezugs mit zweckmässiger Information der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über das Problem der Bemessungsgrundlage</p>	<p>Die Veranlagung 2001A wurde weitgehend im Rahmen der Zielvorgaben abgeschlossen. Bei den Selbständigerwerbenden konnte die interne Zielsetzung nicht ganz erreicht werden, weil bis zum Jahresende ca. 15% der betreffenden Steuererklärungen noch nicht eingereicht waren. Der Aufwand für die Veranlagung der a.o. Krankheitskosten war weitaus grösser, als ursprünglich angenommen.</p> <p>Im Januar 2001 wurde den steuerpflichtigen Personen eine Vorausrechnung für den provisorischen Bezug der Steuern versandt, welcher eine kurze Anleitung zur Erstellung des Steuerbudgets beigelegt war. Mit dieser Anleitung wurde den Steuerpflichtigen die Möglichkeit geboten, den ungefähren Steuerbetrag auf einfache Weise selbst zu ermitteln und entsprechende Akonto-Zahlungen zu leisten.</p>

Massnahmen	Amtsbericht 2001
Prüfung und - bei Bedarf - Durchführung organisatorischer Massnahmen zur Bewältigung der einjährigen Veranlagungsperiode (Bearbeitung der Einsprachen, Einrichtung eines Call Centers)	Im Uebergangsjahr 2001 wurden ältere Pendenzen (z.B. Einsprachen, die ältere Steuerperioden betreffen, oder Aenderung von provisorischen Veranlagungen aufgrund von Zwischentaxationen in Definitive) erledigt. Dies, um mit möglichst wenig "Altlasten" eine optimale Basis für den Start in die einjährige Veranlagungsperiode zu schaffen. Durch die Aufarbeitung der Zwischentaxationen resp. der provisorischen Veranlagungen 1999/00 sind allerdings wieder neue Einsprachen eingegangen, so dass das Ziel, die Rückstände bei den Einsprachen vollständig abzubauen, nicht ganz erreicht werden konnte. Das Call-Center wurde in Betrieb genommen und läuft technisch störungsfrei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Einführungs- und Ausbildungsphase.
2.02.05 Vorbereitung/Schulung der Veranlagung 2001B (Formulare, Wegleitungen)	Die Vorbereitung und der Versand der Formulare und Wegleitungen erfolgte zeitgerecht. Nachdem bereits erste Vorbereitungskurse für die Veranlagungen 2001A und 2001B durchgeführt wurden, erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindesteuerämter und der kantonalen Steuerverwaltung im Januar 2002 Repetitionskurse für die Veranlagung 2001B.
2.02.06 Abschluss der beiden EDV-Projekte zur Bewältigung der doppelten Anzahl Veranlagungen («Scanning» und «Automation»)	Die Scanning-Lösung wurde an die neue Steuererklärung angepasst. Neben der kantonalen Steuerverwaltung werden auch sechs Gemeinden ihre Steuererklärungen mit unserer Scanning-Lösung erfassen. Das Regelwerk für die Erhöhung der Automation in der Veranlagung steht bereit. Es kann auch von allen Gemeindesteuerämtern benutzt werden.
2.02.08 Weiterführung der im Jahr 2000 unterbrochenen Vorbereitungen für einen neuen Steuerbezug bzw. für eine neue "EDV-Gesamtlösung Steuern" (Register, Veranlagung, Bezug), Entscheid über das weitere Vorgehen, Schaffung der Rahmenbedingungen für die Realisierung	Folgende Arbeiten sind abgeschlossen: - Erstellen einer Situationsanalyse - Ausschreibung nach GATT/WTO - 1. Evaluationsverfahren Per Ende 2001 sind noch zwei Lieferanten im Wettbewerb. Der definitive Entscheid ist auf Ende Februar 2002 terminiert.
2.02.10 Entwicklung EasyTax 2001B für natürliche Personen gemeinsam mit dem Steueramt des Kantons Aargau	Zeitgerecht abgeschlossen
2.02.11.01 Prüfung der Voraussetzungen für eine elektronische Abfragemöglichkeit des individuellen Steuerkontos	Zurückgestellt wegen der Einführung einer neuen "EDV-Gesamtlösung Steuern"
2.02.11.02 Antrag und Entscheid (wenn positiv: Beginn der Realisierung) betr. ein Datenerfassungs- und -übermittlungsprogramm für die Meldungen über Quellensteuerpflichtige durch KMUs	Es wurde eine Vorstudie mit Kostenschätzung erstellt. Wegen dem ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis wird auf eine Realisierung verzichtet. Evtl. spätere Realisierung im Rahmen von E-Government.
2.02.11.03 Ausbau der Qualitätskontrollen speziell bei den Unternehmenssteuern und Anpassung des Kontrollsystems auf die einjährige Veranlagungsperiode	Im Bereich der Selbständigerwerbenden wurde eine auf die Uebergangsteuererklärung 2001A angepasste Qualitätskontrolle in kleinerem Rahmen durchgeführt. Bei den juristischen Personen wird eine systematische Qualitätskontrolle bis Ende 2002 realisiert.

Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.02.11.04 Weiterführung der periodischen Überprüfung der internen Kontrollsysteme	Die Datenbereinigung beim Gemeindesteuerbezug wurde fortgesetzt. In Zusammenhang mit einer Untersuchung der Finanzkontrolle wurden weitere Bereinigungen und Abstimmungen erledigt.
2.02.11.05 Ausbau der Dienstleistungen über das Internet, vor allem im Bereich der Formulare, Realisierung einer Lösung für die Eingabe und Bearbeitung von Fristverlängerungen und Einbau eines Steuerberechnungsprogrammes für Internet-Benutzer	Der Internet-Auftritt der Steuerverwaltung wurde an das geänderte Steuergesetz angepasst und kundenfreundlich strukturiert. Die Dienstleistungen wurden erweitert. Unter www.steuern.bl.ch sind abrufbar: <ul style="list-style-type: none"> – Fristverlängerung für die Einreichung der Steuererklärung – Steuerberechnungsprogramm – Bestellung von Einzahlungsscheinen – Diverse Formulare (u.a. auch der Lohnausweis) – EasyTax
2.02.11.06 Automatisierung der Erstellung der Erbschafts- und Schenkungssteuer-Rechnungen mit einem EDV-Programm	Aufgrund der Ergebnisse einer Analyse über den Arbeitsmittel- und Personaleinsatz in der Abteilung Erbschafts- und Schenkungssteuer wird vorläufig auf die Realisierung verzichtet.
2.02.11.07 Weiterentwicklung des EDV-Veranlagungsprogramm betr. Unternehmenssteuern, sofern nicht im Rahmen einer neuen EDV-Gesamtlösung abgedeckt	Wird im Rahmen einer neuen EDV-Gesamtlösung abgedeckt.

Programmpunkt Nr. 2.03**Gemeinden und Asylwesen**

Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich soll weiter verbessert werden. Der Kanton unterstützt die Gemeinden im Rahmen der eidgenössischen Volkszählung 2000 bei der Zählung mit Hilfe elektronischer Register und der Auslagerung einzelner Aufgaben.

Mit der Änderung der Trägerschaft im neuen Bildungsgesetz wird die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden abgeschlossen und damit die Finanzausstattung unter den Gemeinden stark verändert, so dass der heutige Finanzausgleich unter grösstmöglicher Wahrung der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie der Gemeinden untereinander anzupassen ist.

Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.03.01 Prüfung von Verbesserungen und Massnahmen beim gemeindesteuerbezug im Hinblick auf die einjährige Veranlagung	Die Anpassungen an die einjährige Veranlagung sind abgeschlossen. Grundlegende Mängel des bisherigen Systems konnten bei dieser Gelegenheit beseitigt werden.
2.03.04 Revision des Finanzausgleichs in Verbindung mit der Änderung der Trägerschaft der Volksschule. Berücksichtigung der bisherigen Auswirkungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und unter den Gemeinden	Zu Beginn des Jahres wurde eine Arbeitsgruppe Verwaltung/Gemeinden eingesetzt, mit dem Auftrag, ein Modell für den revidierten Finanzausgleich und ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten.
2.03.05 Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen und Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden	Die Inspektionen und Beratungen auf den Gemeindesteuerämtern sind infolge Einführung der 1-jährigen Veranlagung intensiviert worden. Dadurch hat sich auch der Informationsfluss verbessert. Die vor einiger Zeit ins Leben gerufenen ERFA-Gruppen Koorasyl haben sich sehr bewährt. Der Kommunikationsfluss erfolgt permanent und auf diversen Ebenen sowie durch verschiedene Kommunikationsmittel.

Massnahmen

- 2.03.06 Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden
- 2.03.07 Sicherstellen der Information der Bevölkerung

Amtsbericht 2001

Mit dem Einsatz eines Controlling-Systems konnten die Gelder optimal eingesetzt und auf Veränderungen sofort reagiert werden.

Der Einsatz des Koordinationsstabes war aufgrund der rückläufigen Asylgesuchen nicht notwendig.

Programmpunkt Nr. 2.04**Statistik**

Der Kanton unterstützt die Gemeinden bei der eidgenössischen Volkszählung 2000 und koordiniert die Aufgaben mit dem Bund. Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Massnahmen

- 2.04.01 Koordination mit Bund.
- 2.04.02 Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen.
Vorlage an den Landrat
- 2.04.03 Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.

Amtsbericht 2001

Die Arbeiten konnten ohne Probleme abgeschlossen werden.

Der Entwurf zu einem Statistikgesetz liegt vor, das die wichtigsten Bereiche regelt.

Für die Revision der Bevölkerungsstatistik wird ein einheitlicher Merkmalskatalog verwendet, um eine effizientere Datenerhebung sicherzustellen.

Programmpunkt Nr. 2.05**Personalwesen**

Hauptaufgabe ist die Unterstützung der dezentralen Personaldienste bei der Anwendung der personalrechtlichen Bestimmungen mit dem Schwerpunkt im Bereich der Umsetzung der Lohnrevision. Eine wichtige Aufgabe stellt ferner die Ausbildung der Mitarbeitenden aller Stufen im Hinblick auf die Durchführung des neuen Mitarbeiter/-innen-Vorgesetzten-Gesprächs dar.

Massnahmen

- 2.05.01 Umsetzung der Ergebnisse der Teilrevision Lohnwesen bei den Lehrpersonen
- 2.05.02.01 Schulungen der Mitarbeitenden im Rahmen des generellen Weiterbildungsangebotes und nach Bedarf der Gemeindebehörden
- 2.05.02.02 Sicherstellung der einheitlichen Anwendung des neuen Personalinformations- und -administrationssystems in der Verwaltung (inkl. Lehrpersonen) und bei den Gerichten
- 2.05.02.03 Richtige Anwendung des Personalrechtes durch die Anstellungsbehörden durch Fachschulung der dezentralen Personalverantwortlichen; Einführung eines Reportings

Amtsbericht 2001

Die Umsetzung ist erfolgt. Wegen technischen und personellen Schwierigkeiten ergaben sich bei der Lohnabrechnung Probleme. In der Folge musste ein zweiter beschwerdefähiger Lohnlauf mit der Lohnabrechnung November 2002 gestartet werden.

Die Schulungen erfolgten programmgemäss.

Wegen des noch nicht funktionstüchtigen Instrumentes HR-Access konnte die einheitliche Anwendung nicht im gewünschten Sinne überprüft werden.

Das Reporting hängt vom Vorhandensein des Instrumentes ab (vgl. Ziffer 2.05.02.02).

Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.05.06.01 Aufbau eines Management-Development-Systems	Vgl. Ziffer 2.05.02.02
2.05.06.02 Erstellen eines Anforderungskataloges	Die Profile für eine Trainertätigkeit im Rahmen der Personalentwicklung wurden erstellt und bildeten Grundlage für die Ausschreibung der Kurse des Jahresprogrammes 2002.
2.05.06.03 Koordination der Schulung mit den Spitalbetrieben	Die Koordination ist mit der Publikation des Jahresprogrammes 2002 erfolgt.
2.05.13 Präsentation des Kantons in den Medien als fortschrittlicher Arbeitgeber	Die Anstrengungen im Bereich der Inserategestaltung in den Printmedien konnten nicht im gewünschten Umfang vorangetrieben werden.

Programmpunkt Nr. 2.06	Gleichstellung von Frau und Mann
Schwerpunktmässig werden Massnahmen zu betrieblicher Chancengleichheit in der kantonalen Verwaltung, zu Aus- und Weiterbildung sowie zu Familienfreundlichkeit als Standortvorteil verfolgt.	

Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.06.02 Projektweise Schaffung zusätzlicher, qualifizierter Teilzeitstellen (durch Aufteilung von Vollstellen) für beide Geschlechter	Das Vorprojekt ist abgeschlossen
2.06.03 Berücksichtigung der Perspektive der Frauen in der Ausbildung, Weiterbildung, Personalentwicklung bzw. Führungsausbildung	Impulsreferate der Fachstelle für Gleichstellung und gleichstellungsfördernde Zielsetzungen sind in die Führungsausbildung integriert worden. Zwei Weiterbildungen der Vertrauenspersonen zum Schutz der sexuellen Integrität haben stattgefunden.
2.06.04 Begleitung der Projekte im Rahmen von Impuls sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung)	Die FfG hat die Projekte "Gleichstellung eine Querschnittsaufgabe im LSB2", "LehrPLATZ für Migrantinnen", "Vitamin F-Coaching von jungen Lehrfrauen" und "Mädchen werden Informatikerinnen" aktiv begleitet. An der Berufsschau in Pratteln haben 700 Jugendliche am Berufsparcours oder Fotoshooting für Frauen- und Männerberufe teilgenommen.
2.06.05 Regionale Umsetzung der Projekte von 16plus.Nordwestschweiz der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten	Die Umsetzung konnte durch die Regionalbeauftragte 16+Nordwestschweiz bis Juni 2001 wahrgenommen werden (Ende des Pilotprojekts). Seither informierte die FfG über die Lancierung eines Tochter-Vatertags und Materialien für Lehrbetriebe.
2.06.06 Erarbeitung eines "Konzepts für familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton" (Vgl. EKD 6.01.05)	Abgabe des Berichts zu Händen der RR. Mitarbeit der FfG in der AG Wirtschafts-Impulsprogramm "Familie und Beruf"

Massnahmen

2.06.07 Sensibilisierungskampagnen

Amtsbericht 2001

Die FfG hat folgende Produkte zur gleichstellungsfördernden Sensibilisierung erarbeitet und verbreitet: "Glücklich betreut", Argumentarium zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton; "denn nicht jeder ist eine Frau", Kurzanleitung zur geschlechtergerechten Sprache (erste und zweite Auflage); "abheben", ein Ratgeber für empfehlenswerte Kinder- und Jugendliteratur; eine Artikelserie "Geschlechterbilder"; drei Ausgaben des Informationsbulletins "Zur Sache"; Kurse zum Gleichstellungsgesetz; Organisation des Chancengleichheitspreises BL/BS "Das heisse Eisen" an "HOLLA, Bildungsangebote für Mädchen und Frauen" und das SBB-Projekt "vom Tabu zum Thema sex. Belästigung"; Internetauftritt unter www.gleichstellung.bl.ch. Zudem hat die FfG 88 ausführliche Einzelberatungen durchgeführt und die Dokumentationsstelle aktualisiert.

2.06.10 Erarbeitung von Vorschlägen zur finanziellen Absicherung der Mutterschaft zuhanden des Parlaments

Das Kantonale Sozialamt hat zu Handen der Direktion eine gesamtschweizerische Evaluation über die bestehenden, kantonalen Mutterschaftsleistungen durchgeführt und die Ergebnisse in einem internen Bericht zusammengefasst. Von der Fachstelle für Gleichstellung liegen der Direktion Vorschläge zu verschiedenen Lösungen vor (vgl. Amtsbericht 2000). Entscheide des Bundes werden abgewartet (vgl. parlamentarische Vorstösse 1988/005, 1988/006, 2000/214, 2000/223).

2.06.08 Unterstützung des Projekts "Gegen häusliche Gewalt" durch die Fachstelle für Gleichstellung

Die FfG hat die "Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt" im Präsidium fachlich begleitet.

Programmpunkt Nr. 2.07**Informatik**

Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut.

Massnahmen

2.07.02 Abschlüsse von Service Level Agreements in allen Bereichen

Amtsbericht 2001

Es bestehen heute mehr als 150 Service Level Agreements des AFI mit Dienststellen, Direktionen und Gemeinden, wobei der Grossteil davon das Kantonsnetz und darauf verfügbare Dienste betreffen. Die Arbeit ist aber noch nicht abgeschlossen, da einerseits noch nicht alle Dienstleistungen des AFI abgedeckt werden und andererseits die Bedürfnisse der Kunden und die Möglichkeiten des AFI einem stetigen Wandel unterliegen.

2.07.03 Erweiterte Dienstleistungsangebote des Afl an Gemeinden und verwaltungsnahen Betrieben, insbesondere im Bereich e-Mail und Internet

Der e-Mail-Verkehr und der Internetzugang wird heute von 39 Gemeinden über das Kantonsnetz und die Infrastruktur des AFI abgewickelt, Schadensmeldungen an die Gebäudeversicherung können rasch und bequem über das Internet gemacht werden.

2.07.04 Erstellen eines Realisierungskonzepts für ein multimediataugliches Kantonsnetz mit Integration der Telefonie [Vorlage an den Landrat]

Die Vorlage 2001-150 Neues Kantonales Netzwerk WAN und MAN wurde am 20. September 2001 vom Landrat angenommen

Massnahmen

- 2.07.05 Bevorzugter Einsatz der Internettechnik und Erweiterung des Internetangebots

Amtsbericht 2001

Im Internetauftritt des Kantons wurde erstmals eine Vernehmlassung zum Konzept der räumlichen Entwicklung parallel zur klassischen Vernehmlassung in Papierform auch interaktiv durchgeführt und für die Motorfahrzeugkontrolle wurde eine Auskunftsbereitschaft für Versicherungen über das Internet eingerichtet.

Programmpunkt Nr. 2.08**Sozialhilfe**

Das neue Sozialhilfegesetz wird voraussichtlich im Jahr 2001 durch den Landrat verabschiedet werden. Parallel dazu sind fünf Verordnungen fertigzustellen und mit dem definitiven Gesetzestext in Übereinstimmung zu bringen. Ausserdem wird die praktische Umsetzung von Gesetz und Verordnungen zuhanden der Vollzugsorgane vorbereitet; die Schulung und Fortbildung der betroffenen Verwaltungsstellen bildet dabei eine elementare Rolle; sie ist ein wichtiger Bestandteil des neu erarbeiteten und umzusetzenden Leistungsauftrages.

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 eingeführte Sozialhilfestatistik ist zu optimieren und mit der eidgenössischen Statistik zu vereinheitlichen.

Ein neues einheitliches EDV-System für die generellen Aufgaben des Kantonalen Fürsorgeamts ist einzuführen.

Die Umsetzung des per Oktober 1999 in Kraft getretenen Asylgesetzes ist im Bereich Fürsorge für B-Flüchtlinge durch die Gemeinden vorzubereiten und fertigzustellen

Massnahmen

- 2.08.01 Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes und der zugehörigen Verordnung bei den betroffenen Stellen

Amtsbericht 2001

Nachdem die Referendumsfrist für das neue Sozialhilfegesetz unbenutzt abgelaufen war, hat der Regierungsrat dieses Gesetz auf den 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt. Im Hinblick auf die Einführung wurden fünf grosse Schulungsveranstaltungen mit ca. 500 Personen für Behördenmitglieder und Sozialdienste durchgeführt. Als Grundlage dazu wurde ein ausführliches Handbuch erarbeitet.

- 2.08.02 Erarbeitung der Verordnungen zum Sozialhilfegesetz

Eine eigens dafür gegründete Arbeitsgruppe konnte die Arbeiten Mitte Jahr erfolgreich zu Ende führen. Nach anschliessendem Vernehmlassungsverfahren bei den betroffenen Stellen hat der Regierungsrat die sechs Verordnungen zum Sozialhilfegesetz per 1. Januar 2002 beschlossen.

- 2.08.03 Verfeinerung und Anpassung an die Bundesstatistik

In Absprache mit dem Statistischen Amt und unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesamtes für Statistik konnte die bestehende Statistik ausgebaut werden.

- 2.08.05 (neu) Erarbeitung eines Pflichtenheftes, Durchführung eines Evaluationsverfahrens und Ausarbeitung der Entscheidungsgrundlagen

Das Evaluationsverfahren konnte abgeschlossen und die freie Ausschreibung mittels Submissionsverfahren vorgenommen werden. Mit RRB vom 11. September wurde der Zuschlag für das beste Angebot erteilt.

- 2.08.06 (neu) Erarbeitung eines Konzeptes für die Überführung der Betreuung der B-Flüchtlinge von den Hilfswerken zu den Gemeinden. Ausarbeitung von Leistungsauftragsmodulen zur Nutzung der Angebote von Hilfswerken für Basisfürsorge und Integration.

Das Konzept wurde in Koordination mit der Abteilung Sozialhilfe erarbeitet und erfolgreich eingeführt. Die Administration für die anerkannten B-Flüchtlinge erfolgt durch die Koordinationsstelle für Asylbewerber. Für die Gemeinden wurde im März eine Einführungsveranstaltung durchgeführt.

Massnahmen

- 2.08.07 (neu) Das Fachwissen der Sozialhilfeorgane ist zu optimieren durch regelmässige Schulungen, die Herausgabe bzw. Umsetzung von Handbüchern und durch Erfahrungsgruppen (Bereich Asyl).

Amtsbericht 2001

Für den Sozialhilfebereich wurde ein umfassendes Werk "Handbuch Sozialhilferecht" erarbeitet und den betroffenen Stellen über diverse Gefässe zur Verfügung gestellt. Beide Handbücher (Sozialhilfe, Asyl) werden periodisch bearbeitet und ergänzt. Für neue Mitglieder der Sozialhilfebehörden wurde im Januar eine umfassende Schulung veranstaltet.

Programmpunkt Nr. 2.09**Luftverkehr**

Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden

Massnahmen

- 2.09.01 Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Überprüfung der damit verbundenen Auflagen

Amtsbericht 2001

Nachdem die anteilmässige Erfüllung der Auflagen für die Zahlung der ersten Tranche im 2000 überprüft wurde, ist im 2001 keine weitere Zahlung erfolgt.

- 2.09.02 Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft, insbesondere Vertretung der vom Landrat beschlossenen Auflagen im Verwaltungsrat des Flughafens

Die Weiterführung des Ausbaus auf Schweizer Seite konnte trotz Umsatzrückgang auf dem EAP sichergestellt werden. Die Bauarbeiten zur Verlängerung der Ost-West-Piste sind abgeschlossen, die Inbetriebnahme wurde durch Umweltauflagen der französischen Seite verzögert. Diverse Massnahmen zur Verminderung des Lärms sind beschlossen und umgesetzt; weitere werden geprüft.

(Vgl. BUD 4.01.05 und 4.01.06)

Programmpunkt Nr. 2.10**Gesetzgebung**

Im Bereich der Krankenkassenprämienverbilligung erarbeitet die Finanz- und Kirchendirektion eine neue, dauerhafte Rechtsgrundlage aufgrund der gemachten Erfahrung seit 1996 zuhanden des Regierungsrats und des Landrats.

Massnahmen

- 2.10.09 Schaffung einer neuen Skala für die Bemessung der Verbilligung (familienfreundliche Regelung, Berücksichtigung von Vermögen, Vermeiden von Tarifsprüngen); Anpassen der Rechtsgrundlage

Amtsbericht 2001

Novelliertes Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz in Vernehmlassung.

- 2.10.06 Überprüfung und Anpassung der Beitrags-situation

Finanzierung wird mit neuem EG KVG angepasst.

Programmpunkt Nr. 2.11**Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)**

Mit der Vervollständigung und Vertiefung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) koordiniert die FKD die Entwicklung zu einer kundenorientierten, schlanken Kantonsverwaltung. Sie erarbeitet Richtlinien und entwickelt die notwendigen Ergänzungen der Instrumentierung (vgl. auch 2.01.03).

Massnahmen	Amtsbericht 2001
2.11.01 Vorbereitung und Planung eines «Relance»-Pakets sowie Erarbeiten der Massnahmen zur Umsetzung	Mit der Vorbereitung eines "Relance"-Paketes wurde 2001 begonnen. Die Projektleitung wird neu strukturiert. Das neue Paket wird ab 2002 umgesetzt.
2.11.03 Sicherstellen der Information aller am Projekt und am Prozess Beteiligten	U.a. durch regelmässige Besprechungen zwischen Projektleitung und Regierungsrat gewährleistet. Zudem wird mit dem "Relance"-Paket der Information und Kommunikation ein hoher Stellenwert beigemessen. Hierzu werden spezielle Gremien eingerichtet.
2.11.04 Erarbeiten von Vorschlägen für die Rolle und die Zuständigkeit des Parlaments	Die Federführung liegt beim WoV-Ausschuss des Landrats. Die Projektleitung erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem WoV-Ausschuss Vorschläge. Es wird eine Teilprojektgruppe eingesetzt.
2.11.05 Weiterentwicklung und Umsetzung von Instrumenten zur Wirkungsmessung	Das Thema Wirkungsmessung wird im Rahmen des "Relance"-Paketes von einer Teilprojektgruppe bearbeitet werden.

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND GESUNDHEITSDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion setzt sich zum Ziel, ihre Leistungsaufträge bestmöglich zu erfüllen und daneben genügend sensibilisiert zu bleiben, um sich anbahnende Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, zu beurteilen und allenfalls nötige Massnahmen einzuleiten. Neuerungen, die bereits absehbar sind, so zum Beispiel die Einführung des TarMed im Spitalbereich oder die Umsetzung der Aufgaben, die sich aus den bilateralen Verträgen ergeben, sind termingerecht einzuführen. Daneben ist ein Mass an Flexibilität erforderlich, um auf unerwartete Ereignisse, wie zum Beispiel der Orkan "Lothar" im Dezember 1999, adäquat reagieren zu können.

Programmpunkt Nr. 3.01

Gesundheitswesen

Im Spitalwesen wird sich der Landrat mit Sanierungsmassnahmen im Kantonsspital Laufen, mit dem Projekt der baulichen Anpassung und Sanierung des Kantonsspitals Bruderholz (KSB 2000plus) und mit der Standortfrage des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB); Änderung des Staatsvertrages, zu befassen haben. Das Gesundheitsgesetz wird überarbeitet werden, und es wird ein neues Gesetz, das Alters- und Pflegeheimgesetz, entstehen. Das Berufsbild der Pflegenden ist im Wandel. Die strategischen Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Bildungssystematik sind weiterzuführen. Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die Einbindung der vor- und nachgelagerten Leistungserbringer (niedergelassene Ärzteschaft / Spitex / Alters- und Pflegeheime, Therapie-Angebote, etc.) zu intensivieren.

Massnahmen

Amtsbericht 2001

- | | |
|---|--|
| <p>3.01.01 Kantonsspital Liestal: Umsetzung der Anforderungen des H+-Rahmenvertrages gemäss H+-Zeitplan.
Zielsetzung: Das Qualitätsdenken ist in der Unternehmenskultur des Kantonsspitals Liestal fest verankert und ist ein wichtiger Bestandteil bei den MbO-Gesprächen.
Kantonsspital Bruderholz: Durchführung von ausgewählten Qualitätsprojekten, Prozessoptimierung.</p> | <p>Die Vorgaben des Rahmenvertrages werden eingehalten. Mit gezielten Projekten (neues Hygienekonzept) und über Akkreditierungsverfahren (Labor) werden Qualitätsstandards vernetzt über alle Stufen implementiert. Eine umfassende Befragung von stationären Patienten ist während eines Quartals erfolgt, mit anschliessender Auswertung durch ein externes Institut (inkl. Benchmarking mit vergleichbaren Spitälern). Insgesamt wurde dem Spital das Prädikat "gut" durch die Patienten zugesprochen. Die Antworten zeigen, wo akuter Handlungsbedarf besteht: Die Ausstattung der Patientenzimmer in allen Kategorien, insbesondere aber bei den zusatzversicherten Patienten, entspricht in keiner Weise mehr dem heutigen Standard. Die Aufrechterhaltung des hohen Anteils von 31 % zusatzversicherten Patienten ist wichtig und hilft, den Staatsbeitrag an den Betrieb des Spitals zu limitieren. Es wurde eine EDV-unterstützte Methode für das Projektmanagement evaluiert und eingeführt, was angesichts der sehr hohen Zahl von Projekten, welche neben dem intensiven Tagesgeschäft realisiert werden, von vitaler Bedeutung ist.</p> |
| <p>3.01.02 Kantonsspital Liestal: Umsetzung der Neuausrichtung der Privatabteilung.</p> | <p>Das Produkt wurde stufenweise umgesetzt und konnte Mitte 2001 mit der Inbetriebnahme eines eigenen Empfangs im Bereich der Privatstation (Geschosse 8 und 9) und der Herausgabe einer Informationsbroschüre abgeschlossen werden.</p> |
| <p>3.01.03 Kantonsspital Liestal: Weiterführung des Pilotprojektes in der Chirurgischen Klinik. Auswertung und Einführung im gesamten Chirurgiebereich</p> | <p>Das Pilotprojekt wurde erfolgreich abgeschlossen und das Verfahren definitiv eingeführt. Besonders die Zusammenarbeit mit den Hausärzten wurde gefördert. Durch Optimierung der Vorabklärungen zwischen Hausarzt und Spital konnten doppelte Untersuchungen vermieden, die Patienten weniger belastet und Kosten gesenkt werden.</p> |

Massnahmen	Amtsbericht 2001
3.01.05 Kantonale Psychiatrische Dienste: Abschluss und Evaluation der einjährigen Versuchsperiode des Pilotprojektes für die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten in der Drogenberatung Baselland in Reinach.	Ein Evaluationsbericht wurde erstellt. Im Auftrag der VSD werden derzeit Varianten für die definitive Weiterführung der heroingestützten Behandlung ausgewertet.
3.01.29 (neu) Kantonsspital Bruderholz: Sukzessive Umsetzung der Strategie KSB (Kunden- und Patientenorientierung, integrierte Behandlungskette (intensivere Zusammenarbeit mit den Hausärzten)	Die bereits zur Tradition gewordene "KLIFO" klinische Fortbildung für freipraktizierende Ärzte wurde auch im Berichtsjahr unter hoher Beteiligung mit Erfolg durchgeführt. Für die Übermittlung von Patientendaten zwischen Hausarzt und Spital wurde das System "MedicalNet" eingeführt, welches eine Beschleunigung der Abläufe unter Einhaltung von hohen Sicherheitsansprüchen ermöglicht. Die administrative Aufnahme von Patienten wurde vereinfacht durch Vorausaufnahme von zu Hause aus.
3.01.07 Beginn der Sanierung des Altbaus (Haus 5) der Kantonalen Psychiatrischen Klinik, Realisierung und Fertigstellung bis voraussichtlich 2003.	Vom Landrat wurde am 8. November 2001 die Baukreditvorlage gutgeheissen. Der definitive Termin für den Baubeginn hängt mit dem Bauverlauf des KSL zusammen, da dessen Martin Birmann-Spital (MBS) während dem Umbau der KPK als Provisorium dienen wird. Das MBS wird der KPK voraussichtlich ab Oktober 2002 zur Verfügung stehen und kann nach Anpassungsarbeiten im Januar 2003 als Provisorium bezogen werden. Voraussichtlicher Baubeginn aus heutiger Sicht ist Anfang 2003.
3.01.08 Kantonsspital Bruderholz: Erarbeitung der weiteren Entscheidungsgrundlagen für KSB 2000plus (bauliche Anpassung und Sanierung des Spitals) in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt	Angesichts des Ende 2000 ermittelten hohen Investitionsbedarfs für die Sanierung und bauliche Anpassung des bald 30-jährigen Kantonsspitals Bruderholz wurde eine "regionale Spitalplanung" auf breiter Grundlage ins Leben gerufen. Die Planung und Realisierung des Projektes verzögert sich dadurch, was angesichts des deutlich steigenden Patientenaufkommens problematisch ist. Dringliche sicherheitsrelevante Massnahmen wurden ermittelt und werden Gegenstand einer LR-Vorlage im Jahr 2002 bilden.
3.01.09 Kantonsspital Laufen: Planung und Umsetzung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Radiologie, Operationssaal und Physiotherapie <i>Kreditvorlage an den Landrat</i>	Die verfügbare Kapazität erlaubte es nicht, eine Gesamtplanung bis zu einer Kreditvorlage an den Landrat vorzunehmen. Dringende Sanierungsmassnahmen und Ergänzungsausrüstungen im Bereich Operationssaal konnten hingegen mit Mitteln aus der Laufenden Rechnung umgesetzt werden.
3.01.10 Kantonsspital Liestal: Abschluss der Vorprojektstudie für den neuen Standort des Instituts für Pathologie und Beantragung des Planungskredites beim Landrat	Abschluss des Vorprojektes und Vorbereitung der Baukreditvorlage an den Landrat (einstufiges Verfahren) durch die Baudirektion und den beauftragten Architekten in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Institut für Pathologie und dem Kantonsspital Liestal.

Massnahmen	Amtsbericht 2001
3.01.12 Alle Spitäler: Termingerechte Einführung des TarMed (Erfassung / Verarbeitung) mit der entsprechenden Schulung des Personals. Umstellung der ambulanten Tarifierung und Abrechnung auf TarMed per 30.6.2001 oder 1.1.2002 (abhängig vom genauen Einführungstermin des Tarifes). Festlegung des Taxpunktwerthes in Verhandlungen mit den Krankenversicherungen. Anpassung aller TarMed-abhängigen Verträge mit den Versicherungen.	Die Einführung des TarMed verzögert sich weiterhin. Der Einführungstermin wurde mehrfach neu festgelegt. Im Gespräch ist aktuell der 1.3.2003. Die Spitäler haben die Umstellungsmassnahmen (technische Umstellung und Schulung) soweit möglich vorbereitet. Die Verhandlungen mit den Krankenversicherern über den Taxpunktwert erfolgen zeitversetzt zum definitiven Einführungstermin, voraussichtlich ab Mitte 2002.
3.01.13 Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz: Einführung einer Kostenrechnung nach Produktgruppen (z.B. ambulanter Teil Orthopädie) bis Ende 2001 und kontinuierlicher Weiterausbau auf Produkteebene bis Ende 2002 im Rahmen des Projektes TANDEM (Ablösung Finanz- und Rechnungswesen). Mitwirkung des Kantons- spitals Laufen, jedoch ausserhalb des Projektes TANDEM, da das genannte Projekt vorläufig nur das KSB und das KSL betrifft.	Die Ablösung des Finanz- und Rechnungswesens im Rahmen des Projekts Tandem für die Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz wurde technisch, terminlich und finanziell erfolgreich abgeschlossen.
3.01.16 Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Konsolidierung des Betriebes an zwei Stand- orten.	Im Vordergrund stand im Berichtsjahr die Bereinigung der Mängel im Rechnungswesen des UKBB (vgl. Vorlage an den Landrat Nr. 2001/241 vom 16. Oktober 2001).
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Abschluss der im Jahre 2000 eingeleiteten Evaluation eines einzigen Standortes des UKBB <i>Berichtvorlage an den Landrat und an den Grossen Rat Basel-Stadt (partnerschaftliches Geschäft)</i>	Die Evaluation eines einzigen Standortes für das UKBB konnte abgeschlossen werden. Die Berichterstattung an den Landrat und den Grossen Rat Basel-Stadt ist im Rahmen der Beantwortung verschiedener Vorstösse erfolgt (vgl. dazu LR-Vorlage 2001/236 vom 25. September 2001).
3.01.19 Sanierung Kantonslabor, Liestal; Bedarfsanalyse von Seiten Nutzer (Vgl. BUD 4.03.15)	Eine externe Synergieanalyse zum Umwelt- und Ver- braucherzentrum durch Burla Management AG ist in Arbeit; Abschluss Ende März 2002.
3.01.20 Überarbeitung des Gesundheitsgesetzes. Diese Massnahme wurde vom Jahre 2000 ins 2001 verschoben. Ganz neu wird der Heilmittelbereich zu gestalten sein, nachdem der Bund diese Materie nun regelt. Weiterer Handlungsbedarf kann sich im Bereich der gegenseitigen An- erkennung der Berufsdiplome ergeben (bilatera- le Abkommen mit der EU).	Ein erster Entwurf eines völlig neuen Gesundheitsgesetzes wurde den Interessierten für die fachliche Anhörung zugestellt. Frist war Ende 2001. Die fachliche Anhörung wurde dem eigentlichen Vernehmlassungsverfahren vorangestellt.
3.01.21 Konsolidieren der Aufgaben des Kantons unter dem neuen aber schon mehrmals revidierten Krankenversicherungsgesetz; allenfalls Erfassen neu geplanter Revisionen des KVG	Gerichtsurteile bestimmen die Handlungen der Kantone. Man hofft auf dringliches Bundesrecht, um ohne Wenn und Aber das Bundesversicherungsrecht vollziehen zu können.
3.01.22 Erarbeitung der Grundlagen für eine Gesetz- gebung für die Alters- und Pflegeheime	Es wurde eine Arbeitsgruppe ernannt, die ein Grundlagen- papier der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion vernehm- lassungsreif macht.

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- 3.01.23 Förderung der Wirtschaftlichkeit und Gewährung von mehr unternehmerischem Freiraum für die Spitäler durch Einführung einer Saldofortschreibung über 2-4 Jahre. Diese Massnahme konnte im Jahre 2000 nicht angegangen werden, entsprechend ergibt sich die Verschiebung ins Jahresprogramm 2001.
Konzeptvorlage an den Landrat
- 3.01.26 Der Grundsatzentscheid über die Integration der Pflegeassistenschulen der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz in die Strukturen der Berufsschule für Pflege wird vor dem Hintergrund der Gesamtstrategie der Umsetzung der Bildungssystematik des Pflegeberufes und des Berufsbildungsgesetzes zu fällen sein.
- 3.01.27 Weiterarbeit an den strategischen Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Bildungssystematik (Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden Schulen und den Schulen im Gesundheitswesen auf Sekundarstufe II). Die Arbeiten erfolgen in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt.
- Die Massnahme wird im Rahmen der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes zu diskutieren sein. Im Berichtsjahr stand die Umsetzung der Besoldungsrevision im Vordergrund.
- Der Grundsatzentscheid konnte im Berichtsjahr noch nicht erfolgen, weil die zukünftige Ausrichtung der Pflegeausbildungen in Abhängigkeit von der Umsetzung der neuen Bildungssystematik steht. Zudem ist die Einführung des Berufsbildungsgesetzes nicht vor 2004 zu erwarten. Ein Entscheid für eine Übergangsregelung sollte ab 2002 in Abhängigkeit von Programmpunkt 3.01.27 möglich werden.
- Im Mai 2001 beauftragten die beiden Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft einen externen Projektleiter, ein Vorprojekt zu starten und einen Bericht bis Ende 2001 zu verfassen. Ziel des Vorprojektes "Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft" war, Vorteile und Nachteile unterschiedlicher Strukturvarianten für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu untersuchen und ein geeignetes Modell resp. geeignete Modelle vorzuschlagen. Zusätzlich waren Akzeptanzfragen zu klären.
- Die Steuerung des Vorprojektes erfolgte durch die Vorsteher des Sanitäts- und des Erziehungsdepartements Basel-Stadt sowie der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion und der Erziehungs- und Kulturdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Die Projektergebnisse wurden in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen beider kantonalen Schulen im Gesundheitswesen, den Ämtern für Berufsbildung und Berufsberatung, dem Ressort Schulen des Erziehungsdepartements BS sowie mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Betriebe und Institutionen im Gesundheitsbereich der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt entwickelt.
- Der Bericht wurde am 24. Dezember 2001 den beiden Auftraggebern zugestellt. Im Februar 2002 werden die Regierungen anlässlich ihrer gemeinsamen Sitzung auf dieser Grundlage das weitere Vorgehen beschliessen und Aufträge zur Erarbeitung der Hauptprojekte erteilen.

Programmpunkt Nr. 3.02**Arbeit**

Spezifische Programmpunkte im Bereiche des Arbeitsmarktes sind für 2001: Erfüllung der Leistungsvereinbarungen mit dem Bund im Vollzug der Arbeitslosenversicherung bei geringeren Arbeitslosenzahlen, Umsetzung der Bilateralen Verträge Schweiz/EU im zuständigen Bereich (Personenverkehr), Vorantreiben der Bekämpfung der Schwarzarbeit, Vorantreiben der Umsetzung der neuen Aufgaben aus dem Gesetz über öffentliche Beschaffungen bzw. dessen Verordnung sowie Vornahme eines wirksamen Vollzugs des neuen Arbeitsgesetzes und zweckmässige Umsetzung der Richtlinien betreffend Arbeitssicherheit (ASA-Richtlinien).

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- | | | |
|------------------|--|---|
| 3.02.01 | Anpassung des Personalbestandes an die geringeren Arbeitslosenzahlen durch natürliche Fluktuation | Der Personalbestand konnte durch Nichtersetzen von natürlichen Abgängen gut an die Stellensuchendenzahlen angepasst werden; ein Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) wurde auf Anfang des Jahres und eines der drei Kurs-, Informations- und Kontaktzentren für Stellensuchende "Sprungbrätt" im Verlaufe der ersten Jahreshälfte geschlossen. Seit Spätherbst ist die Zahl der Stellensuchenden wieder im Zunehmen begriffen. |
| | Erarbeitung eines Bonus im Rahmen der Leistungsvereinbarung RAV/LAM/Kantonale Amtsstelle | Aufgrund der Tatsache, dass erst mit rund vierteljährlicher Verzögerung seitens des seco berechnet und auch informiert werden kann, ob ein Bonus erzielt wurde oder nicht, kann die Zielerreichung noch nicht angegeben werden. Aktuell sieht es danach aus, dass sich die Erzielung eines Bonus für 2001 schwieriger gestaltet als für 2000. |
| 3.02.03 | Weiterentwicklung von Massnahmen auf der Basis des intern vorliegenden Berichtes des KIGA | Mit Beschluss vom 18. Dezember 2001 hat der Regierungsrat den internen Bericht des KIGA zur Schwarzarbeit zur Kenntnis genommen, eine Verordnung über die Schaffung einer Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beim KIGA BL beschlossen, alle involvierten Behörden zur Zusammenarbeit mit dieser Koordinationsstelle aufgefordert und der Schaffung von vorerst zwei zusätzlichen Vollpensen im KIGA BL für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zugestimmt. |
| 3.02.04
(neu) | Intensivierung der Kontrolltätigkeit | Trotz knapper Personalressourcen konnte die Kontrolltätigkeit hinsichtlich der Respektierung des Arbeitsgesetzes intensiviert werden. Besondere Schwerpunkte bildeten dabei die Thematik Zweitarbeitsverträge sowie die Intensivierung der Kontrolle von Baustellen. |
| 3.02.05
(neu) | Systemkontrolle in den Gewerbe- und Industriebetrieben gemäss der neuen ASA-Richtlinie, Umsetzung in der kantonalen Verwaltung | Die Kontrolltätigkeit des Arbeitsinspektorates im Hinblick auf Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene ist ab Anfang 2001 systematisch auf die neue ASA-Richtlinie ausgerichtet worden. Die Umsetzung in der kantonalen Verwaltung hat sich etwas verzögert. Der Grund dafür liegt darin, dass noch kein/e für den Kanton verantwortliche/r Spezialist/in bezeichnet worden ist. Entsprechende Massnahmen sind zwischenzeitlich getroffen worden. |

Programmpunkt Nr. 3.03**Wirtschaftspolitik**

Im Jahre 2001 wird es darum gehen, die im Rahmen des Wirtschaftsberichtes 2000 beschlossenen Massnahmen umzusetzen und die Tourismusförderung voranzutreiben.

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- 3.03.01 Umsetzung der vom Landrat im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsbericht beschlossenen Massnahmen
- Im Wirtschaftsbericht wurden folgende Massnahmen angesprochen:
Impulsprogramm Familie + Beruf. Mit Entscheid vom 30. Oktober 2001 hat der Regierungsrat die Durchführung des Impulsprogrammes beschlossen und zulasten des Wirtschaftsförderungsfonds 3 Millionen Franken bereitgestellt.
Berufsschauen: Mit Beschluss vom 5. Dezember 2000 beschloss der Regierungsrat die finanzielle Unterstützung der Berufsschauen 2001 und 2003 im Umfang von je 600'000 Franken zulasten des Wirtschaftsförderungsfonds. Die Berufsschau 2001 erfreute sich eines sehr grossen Interesses und darf als voller Erfolg bezeichnet werden.
- 3.03.02 Einleitung der Umsetzung der vom Landrat im Zusammenhang mit dem Bericht über die Tourismusförderung im Kanton Basel-Landschaft beschlossenen Massnahmen
- Aus dem ehemalige Verkehrsverein Baselland ist als Nachfolgeorganisation "Baselland Tourismus" entstanden. Der im Handelsregister eingetragene Verein vereinigt als kantonale Dachorganisation die im Bereich Tourismus tätigen Baselbieter Personen, Organisationen, Institutionen und Unternehmen. Als Grundlage für die Formulierung einer Tourismuspolitik des Kantons wurden ergänzend zum bereits vorliegenden "Tourismuskonzept Basel-Landschaft" Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung einer Wertschöpfungsstudie getroffen. Im Bereich Tourismus wurden somit strukturelle Vorbereitungsarbeiten getroffen. In einem weiteren Schritt werden nunmehr durch Baselland Tourismus die bestehenden Angebote an touristischen Dienstleistungen und Angebote erhoben und gebündelt, zwecks gezielter Vermarktung. Diese Aufgaben erfordern personelle Ressourcen mit touristischer Fachausbildung. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang am 19. November 2001 einen Beitrag von 350'000 Franken für das Jahr 2002 an Baselland Tourismus zulasten des Wirtschaftsförderungsfonds gesprochen. Die Weiterarbeit im Bereich Tourismusförderung wird konkret die rechtlichen Grundlagen für die Förderung und Finanzierung des Tourismus betreffen.
- 3.03.03 Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Wirtschaft
- Dieser Programmpunkt konnte nicht realisiert werden. Die Überprüfung der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft konnte demgegenüber abgeschlossen werden. Der Leistungsauftrag wurde überarbeitet und die personelle Ausstattung des Dienstleistungszentrums durch die Anstellung eines vollamtlichen Leiters verbessert. Das Dienstleistungszentrum wird die Aktivitäten im Bereich Ansiedlungspolitik ausbauen. Im Direktionssekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion wurden demgegenüber Massnahmen zur Verbesserung der Kontaktpflege mit der Baselbieter Wirtschaft eingeleitet (Anstellung einer/s Beauftragten für Wirtschaftsfragen und Ausbau der personellen Ressourcen).

Programmpunkt Nr. 3.04**Landwirtschaft**

Entsprechend der neuen Agrarpolitik des Bundes und dem Landwirtschaftsgesetz will der Regierungsrat die land- und hauswirtschaftliche Ausbildung sicherstellen, Neuerungen in der landwirtschaftlichen Produktion und der Vermarktung fördern sowie tragbare Investitionen der Landwirtschaftsbetriebe unterstützen.

Massnahmen		Amtsbericht 2001
3.04.02	Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Kanton Solothurn, insbesondere in der Betriebsleitungsausbildung	Die Betriebsleiterausbildung sowie spezielle Kurse der Landwirtschaftsschule werden gemeinsam angeboten. In wenigen Fächern sind dieselben Lehrer im Einsatz.
3.04.08 (neu)	Kontrolle von Infektionen des Feuerbrandes	Die Kontrollen wurden gemeinsam mit den Gemeinden und z.T. direkt mit den Betroffenen problemlos durchgeführt.
3.04.09 (neu)	Umschuldung von hochverschuldeten Landwirtschaftsbetrieben mit zinslosen Betriebshilfedarlehen des Bundes	Entgegen den Erwartungen wurden nur 2 Gesuche eingereicht, die fristgerecht behandelt werden konnten.
3.04.10 (neu)	Prüfung der Ausbildung von Tierpflegerinnen und Tierpflegern	Als Schulstandort für die Tierpflegerinnen und -pfleger wurde die Gewerblich-Industrielle Berufsschule in Olten gewählt. Somit fiel das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain aus dem Rennen.

Programmpunkt Nr. 3.05**Wald**

Zur Standortgunst zählt auch naturnahes Wohnen und Arbeiten. Der Wald prägt die Landschaft ganz wesentlich. Orkanshäden, wie "Lothar", können seine Funktion beeinträchtigen und reduzieren.

Massnahmen		Amtsbericht 2001
3.05.05 (neu)	Ausführung eines Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan "Lothar". Begründung von naturnahen Beständen auf über 200 Hektaren zerstörter Waldfläche und verdichteter Waldböden. Die Hauptarbeiten werden im Jahre 2001 budgetwirksam.	Das Wiederherstellungsprojekt wurde vom Bund genehmigt und die erforderlichen Mittel von Seiten des Kantons mit Landratsbeschluss vom 8. November 2001 bereitgestellt. Das Forstamt hat, als Basis für die Bewilligung durch den Bund, mit den betroffenen Waldeigentümern die notwendigen Vereinbarungen abgeschlossen. Die Wiederherstellungsarbeiten laufen programmgemäss. Der sinnvollen und zielgerichteten Wiederbestockung verdichteter Böden wird besonders Augenmerk geschenkt. Die in vielen Schadengebieten der Schweiz grosse Problematik der Borkenkäfer-Massenvermehrung ist im Laubholzgebiet Basel-Landschaft nicht dramatisch. Schäden sind jedoch auch hier zu verzeichnen, auch in Nadelholzbeständen, die nicht offensichtlich durch "Lothar" geschädigt worden waren.
3.05.03	Konzept zur Erhebung der finanziellen Beteiligung der Waldbesitzer an sogenannten Waldbau-C-Projekten (Wälder mit besonderer Schutzfunktion). Dieses Konzept musste im Jahre 2000 wegen der mit "Lothar" verbundenen Mehrarbeit zurückgestellt werden.	Diese Arbeiten schreiten nur langsam voran. Während die Frage des Nutzniesserbeitrages z.B. bei den Schweizerischen Bundesbahnen unbestritten ist, bereitet diese Fragestellung vor allem andern kantonalen Verwaltungsstellen oder auch den Einwohnergemeinden noch erhebliche Mühe. Der Landrat wird sich im Rahmen eines konkreten Projektes im Laufental mit der Problematik befassen können und müssen. Gegenüber dem Bund wird das Forstamt im Rahmen einer flächendeckenden Waldbau B-/C-Studie Lösungsansätze liefern müssen.

Massnahmen

- 3.05.06 (neu) Der Bund verlangt ein kantonales Waldreservatskonzept und macht es zur Voraussetzung für seine weiteren finanziellen Beiträge. Aber auch auf kantonaler Ebene besteht die Absicht, weitere Waldreservate auszuscheiden.

Amtsbericht 2001

Das kantonale Waldreservatskonzept ist verwaltungsintern bereinigt worden. Es basiert auf den in den letzten Jahren von der Abteilung Natur+Landschaft des Amtes für Raumplanung erarbeiteten Inventaren wie Wald-, Ornithologisches, Reptilieninventar und korrespondiert mit dem Waldreservatskonzept Schweiz. Inhaltlich weist es die bereits rechtskräftig ausgeschiedenen sowie die potentiellen Waldnaturschutzflächen von regionaler und eidgenössischer Bedeutung aus. Der bereinigte Entwurf die Zielsetzung des Waldreservatskonzepts werden den Waldeigentümern und den interessierten Kreisen an einer Veranstaltung im Frühjahr 2002 ausführlich vorgestellt.

Programmpunkt Nr. 3.06**Vermessungs- und Meliorationswesen**

Die Übersicht gemäss Regierungsprogramm 1999-2003 und Jahresprogramm 2000 behält ihre Gültigkeit. Das Anwendungspotential der bodenrelevanten Daten soll in der Verwaltung und in den Gemeinden mittels der Anlage und Führung von Geografischen Informationssystemen (GIS) genutzt werden. Im neuen Leitbild für die Bodenverbesserung werden integrale kommunale Gesamtprojekte neben notwendigen Einzelmassnahmen gefördert, sowie die Beratung in Unterhaltsfragen verstärkt.

Massnahmen

- 3.06.01 Realisierungsbeginn der zentralen Projekte: Geo Data Warehouse (zentrale Datenbank für GIS Daten mit kontrolliertem Zugriff für die Verwaltung, Gemeinden und privaten Stellen); Auswertungssysteme für die Anwendungen in den Dienststellen; Parzellen - Informationssystem zusammen mit den Bezirksschreibereien.
- 3.06.02 Beginn des Ausbaus des Informatik-Zentrums Landinformationssystem (IZL) zur GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS-bezogene Projekte.
- 3.06.04 Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich fort und dürfte 2002 endgültig sein. Die letzten Operate sind 2000 vertraglich geregelt und begonnen worden. Mit dem voraussichtlichen Beschluss der Realisierung der 2. Etappe AV93 von 2001 bis 2008 durch den Landrat noch im Jahre 2000 stehen die ersten Gemeinden zur Ausführung im 2001 an.

Amtsbericht 2001

Die GIS Vorlage wurde am 26. April 2001 vom Landrat Basel-Landschaft einstimmig angenommen. Für die Realisierung des GIS wurde im Juli ein Grobkonzept erstellt. Ende Jahr erfolgte die Ausschreibung für das zentrale Projekt Geo Data Warehouse. Die zur Realisierung notwendigen Arbeitsgruppen (AG) nahmen ihre Arbeit auf: AG Gemeinden-Kanton, AG Grundbuch-Amtliche Vermessung, AG Parzellen und Gebäude.

Das IZL realisierte ein Intranet-Pilotprojekt, welches mittlerweile im Amt für Umweltschutz und Energie im produktiven Einsatz steht. Das Pilotprojekt kann für zusätzliche Datenebenen und weitere Projekte beliebig ausgebaut werden.

Für den Bereich Datenbewirtschaftung und Vertrieb wurde mit dem Aufbau eines File-Servers begonnen. Dieser Server steht den interessierten und berechtigten Amtstellen zur Verfügung. Gespeichert werden unter anderem Daten des Vermessungs- und Meliorationsamtes und des Amtes für Raumplanung.

Die Fortsetzung der 1. Etappe verläuft programmgemäss, die technischen Arbeiten werden Ende 2002 fertig sein, die Administrierung der Abschlussarbeiten bis ca. Mitte 2003. Der Landrat hat die Realisierung der 2. Etappe AV93 im Zeitraum 2001 bis 2008 am 8. November 2001 beschlossen. Durch dieses verspätete Datum werden die operativen Arbeiten erst im Frühjahr 2002 anlaufen. Mit den 2003 einbezogenen Gemeinden wurde Kontakt aufgenommen und ihr Einverständnis eingeholt.

Massnahmen

- 3.06.05 Förderprogramm "Einstieg ins kommunale Gesamtprojekt" für Gemeinden im Laufental - Start Pilotprojekt im Laufental (unter Vorbehalt der Kreditgenehmigung durch den Landrat im Jahre 2000).
- 3.06.07 Realisierung der ersten Jahresetappe für die Erstellung des digitalen Meliorationsleitungs-katasters; Start Pilotprojekt (unter Vorbehalt der Kreditgenehmigung durch den Landrat im Jahre 2000)

Zusätzliche Arbeiten der Fachstelle Melioration:

Amtsbericht 2001

Dieser Programmpunkt weist einen direkten Zusammenhang auf mit dem Geschäft 2000/088 Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: 'Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental', welches durch die BUD beantwortet wird. Auf die Ausarbeitung einer Landratsvorlage wurde bisher verzichtet.

Auf Grund der abschlägigen Mitberichte zum Entwurf einer Landratsvorlage verzichtete die VSD auf die Einreichung einer Landratsvorlage. Das Amt sichert nun prioritär die alten Plandokumente mit eigenen Mitteln (Scannen und Georeferenzieren).

Im Jahr 2001 bildete die Vorbereitung einer Gesamtmelioration in der Gemeinde Wahlen einen Schwerpunkt der Meliorationstätigkeit. Die Gemeindeversammlung vom 10.12.01 hat einstimmig eine finanzielle Beteiligung an diesem Projekt gutgeheissen. Zudem konnten zahlreiche Folgeprojekte der Unweterschäden von 1999 durch Wasserabflussmassnahmen behandelt bzw. zum Abschluss gebracht werden.

Programmpunkt Nr. 3.07**Rheinhäfen**

Das Ziel, die Rheinhäfen in Muttenz und Birsfelden einer der Infrastruktur entsprechenden Nutzung zuzuführen, gilt weiterhin. Der Güterumschlag der umweltfreundlichen gewerblichen Schifffahrt in den beiden Baselbieter Rheinhäfen soll durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und Schonung der Umwelt gefördert werden. Die im Jahre 2000 eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den städtischen Häfen werden weiterverfolgt.

Massnahmen

- 3.07.01 Die Initiierung einer Betriebsgesellschaft zur Führung eines Container-Terminals hat sich verzögert. Im Jahre 2000 haben sich neue Gesichtspunkte ergeben, Im 2001 steht der Entscheid an, wobei offen ist, ob sich daraus eine Kreditvorlage an den Landrat ergibt.
- 3.07.02 (neu) Im Jahre 2000 wurde eine Expertise über die Zusammenlegung der Rheinhäfen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Expertise werden zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu bestimmen sein.

Amtsbericht 2001

Der Entscheid wurde zugunsten eines Alternativprojektes gefällt und die Planung eines neuen Containerterminals auf einem freigewordenen Areal konnte weitgehend abgeschlossen werden. Aus heutiger Sicht ist für dieses Projekt vermutlich keine Kreditvorlage an den Landrat notwendig

Die Diskussion in den beiden Regierungen Basel-Landschaft und Basel-Stadt hat ergeben, dass für den Grundsatzenscheid einer allfälligen Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel vertiefte Grundlagen notwendig sind. Der Regierungsrat hat deshalb beschlossen, gemeinsam mit Basel-Stadt eine Hafenenwicklungsstrategie und ein Hafennutzungskonzept erarbeiten zu lassen.

Massnahmen

Kantonaler Nutzungsplan Rheinhäfen:

Amtsbericht 2001

Bedingt durch die komplexe Rechtslage infolge Änderung der Zuständigkeiten konnte der Nutzungsplan entgegen der Annahmen nicht direkt vom Regierungsrat in Kraft gesetzt werden. Aufgrund der Expertise des Rechtsdienstes hat deshalb Die Bau- und Umweltschutzdirektion in Zusammenarbeit mit den Rheinhäfen Basel-Landschaft eine entsprechende Landratsvorlage ausgearbeitet.

Trennkanalisation CISTERNA Auhafen:

Das Projekt konnte planmässig umgesetzt werden und steht vor der vierten und letzten Etappe.

Teilrevision Hafengesetz:

Zur von der landrätlichen Bau- und Planungskommission verlangten Optimierung der Wettbewerbsneutralität in den beiden Rheinhäfen Birsfelden und Au Muttenz, sowie zur Beseitigung allfälliger Unklarheiten bezüglich der Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Erschliessungs- und Anschlussbeiträgen an die Trennkanalisation im Auhafen Muttenz wurde eine Teilrevision des Rheinhafengesetzes erarbeitet.

4 BAU- UND UMWELTSCHUTZDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Umwelt

Es gilt, die Voraussetzungen und Formen für ein ressourcenschonendes Verhalten und ein verträgliches Nebeneinander von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft, in Harmonie mit der räumlichen Entwicklung, festzulegen. Dieser Rahmen soll einerseits flexibel genug sein, um den Fortschritt nicht zu behindern, andererseits so klar sein, damit langfristig eine hohe Lebensqualität gesichert ist. Unsere Lebensgrundlagen müssen langfristig intakt bleiben; dies bedeutet Nachhaltigkeit.

Infrastruktur

Es gilt, für die staatlichen Aufgaben und Aufträge die notwendigen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen, sei dies im Bereich von Strassen und Schienen oder im Bereich von Gebäuden und Anlagen. Dies hat in Übereinstimmung mit dem Konzept räumlicher Entwicklung zu erfolgen. Auf diese Weise werden optimale Voraussetzungen für eine langfristig gesunde, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen.

Verwaltungseffizienz

Es gilt, innerhalb der Bau- und Umweltschutzdirektion die Effizienz, die Koordination und die allgemeinen Abläufe weiter zu optimieren. Damit kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung noch stärker unterstützt werden, die Transparenz wird erhöht und der Kundennutzen verstärkt.

Programmpunkt Nr. 4.01

Umweltschutz und Energie

Bis Ende 2000 soll das vom Regierungsrat eingesetzte Forum für Nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft eine Strategie zur Umsetzung der in Rio 1992 beschlossenen Agenda 21 samt Aktionsplan vorlegen.

Die Industriellen Betriebe Baselland AG sollen - vorbehältlich eines positiven Volksentscheides - am 1.7.2001, spätestens jedoch am 1.1.2002 ihren operativen Betrieb aufnehmen. Damit werden die bisherigen Kernaufgaben des AIB in der Abwasserbehandlung, der Abfallentsorgung sowie der Energieversorgung mit Fernwärmenetzen neu unter Mitwirkung der Gemeinden weitergeführt.

Der Landrat hat am 6.4.2001 die Ausgliederung des Amtes für Industrielle Betriebe abgelehnt.

Massnahmen

Amtsbericht 2001

- | | | |
|---------|---|---|
| 4.01.07 | Inkraftsetzung der Verordnung über den Gewässerschutz und des revidierten kantonalen Gesetzes über den Gewässerschutz. | Verzögerung bei der Behandlung der Revision Gewässerschutzgesetz im Landrat. Der Entwurf der VO liegt vor, wird weiterbearbeitet, sobald die Revision des Gesetzes abgeschlossen ist. |
| 4.01.12 | Ausbau der lokalen Kläranlagen in Liedertswil (Bau vorbehältlich Landratsbeschluss), Wintersingen (Bau vorbehältlich Landratsbeschluss) sowie Anwil und Oltingen (Projektierungsarbeiten) | Die Verpflichtungskredite für den Ausbau der lokalen Kläranlagen in Liedertswil und Wintersingen sind mit LRB vom 22.3.2001 bewilligt. ARA Liedertswil ist im Bau, für die ARA Wintersingen ist die Baubewilligung bevorstehend. Projektierungsarbeiten für die ARAs Anwil und Oltingen sind zugunsten Liesberg und Rünenberg-Süd (grösserer Handlungsbedarf) zurückgestellt. |
| 4.01.16 | Einführung eines Integralen Entsorgungssystems Strasse/ Schiene für den Transport der Abfälle in Kehrichtverbrennungsanlagen. Diese Kreditvorlage an den Landrat soll erst nach erfolgreich durchgeführtem Praxistest (Herbst 2001 bis Frühjahr 2002) ausgearbeitet werden.
<i>Kreditvorlage an den Landrat für Praxistest</i> | Die Vorlage Praxistest KOMBITRANS wurde vom Landrat am 8.11.2001 abgelehnt. Die Einführung des Integralen Entsorgungssystem Strasse/Schiene ist somit gescheitert. |
| 4.01.18 | Festsetzung des Einzugsgebietes für Abfälle und Optimierung der Abfalltrennung speziell in Betrieben und im Bauwesen. | Festsetzung von Einzugsgebieten ist vorderhand ausgesetzt, bis das weitere Vorgehen im Bereich Abfallplanung geklärt ist.
Die betriebliche Beratung zur Abfalltrennung wurde verstärkt. |

Massnahmen	Amtsbericht 2001
neu 4.01.24 Einführung einer Grundgebühr in der Abfallrechnung. Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes. <i>Landratsvorlage</i>	Die Vernehmlassung zum Entwurf der Landratsvorlage wurde ausgewertet. Die Vorlage soll mit gewissen Modifikationen 2002 dem Landrat vorgelegt werden
4.01.20 Weiterführung und Anpassung der Fördermassnahmen im Kanton an den Volksentscheid vom 24. Sept. 2000 über die eidg. Energievorlagen betreffend Einführung einer Förderabgabe. <i>Vorlage an den Landrat über das weitere Vorgehen betr. den zwei kantonalen Energieinitiativen (Solar und Faktor 4)</i>	Die Ablehnung aller 3 eidgenössischen Energievorlagen am 20.09.2000 hat zur Folge, dass der Regierungsrat im 1. Quartal 2002 dem Landrat einen weiteren Verpflichtungskredit nach dem Energiegesetz beantragen wird. Eine von der BUD eingesetzte Expertengruppe hat im Jahr 2001 die möglichen Handlungsfelder im Bereich Energie aufgelistet. Damit wurden Vorarbeiten für die Revision der Grundsätze der kant. Energiepolitik und des Energiegesetzes geleistet.
4.01.21 Ergänzung Fernheizwerk Liestal (Bau vorbehaltlich Landratsbeschluss)	Die Vorlage für den Bau einer Holzschneitzelheizung wurde am 27.11.2001 von der Regierung an den Landrat überwiesen.
4.01.22 Projektierungsarbeiten zum Netzausbau Fernwärme Kriegacker Muttenz, sofern Verhandlungen mit potentiellen Bezüglern erfolgreich verlaufen. <i>Baukreditvorlage an den Landrat</i>	Die Verhandlungen mit potenziellen Bezüglern sind noch im Gang. Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Netzausbau wurden durchgeführt.
neu Luftreinhaltung	Im Rahmen des Vollzugs der VOC-Lenkungsabgabe beurteilt das Lufthygieneamt ab 2001 aufgrund von detaillierten Stoffbilanzierungen der Betriebe die Gesuche um Rückerstattung oder Befreiung von der Abgabe. Es zeigt sich, dass mit der finanziellen Belastung von Schadstoffemissionen ein spürbarer Anreiz zu effizienteren Sanierungen erzielt und die Qualität der Umweltinformation (Vollständigkeit und Transparenz) erhöht wird.
neu Nichtionisierende Strahlung (NIS)	Der Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) konzentrierte sich auf den Bereich der Mobilfunkantennen. Neben der fachlichen Prüfung von Baugesuchen für UMTS-Antennen (Universal-Mobil-Telekommunikations-System) mussten auch bestehende Antennen kontrolliert werden. Bei den Inspektionen und Kontrollmessungen wurden praktisch keine Überschreitungen der Grenzwerte der NISV festgestellt. Nichtkonforme Anlagen wurden an die neuen Vorschriften angepasst. Eine Verschärfung der Grenzwerte der NIS-VO durch Gemeinden und Kanton ist nicht zulässig.

Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr**Programmpunkt Nr. 4.02**

Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in dieser Legislaturperiode seinem Ende entgegen.

Folgende baulichen Ausbauschritte sind noch vorgesehen:

Ausbau der Vorortslinien, in erster Priorität der Linie 11 mit der Absicherung (teilweise Aufhebung) sämtlicher Niveauübergänge. Ein weiterer Schwerpunkt der baulichen Aktivitäten bildet die Linie 10 mit der Erneuerung der Doppelspur zwischen Münchenstein-Dorf und der Griebengasse in Arlesheim. Sämtliche Arbeiten im Rahmen des Gesamtkredites von rund 68 Mio. Franken sollen bis ins Jahr 2003 abgeschlossen werden. Bei der Waldenburgerbahn steht als letzte Sanierungsmassnahme die Verkehrstrennung Schiene/Strasse in Oberdorf an.

Massnahmen		Amtsbericht 2001
Trasseausbauten Vorortslinien BLT		
4.02.02	Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge BLT-Linie 10 in Münchenstein; BLT-Linie 11 in Münchenstein, Reinach und Aesch (Abschluss diverser PGV, Bau)	Im Berichtsjahr konnten vier Niveauübergänge der Linie 11 mit Schranken gesichert werden. Plangenehmigungsverfahren für weitere Absicherungen und Aufhebungen von Übergängen sind hängig geblieben (parl. Vorstösse).
4.02.03	Trasseausbau der BLT-Linie 10 zwischen Münchenstein Dorf und Griebengasse sowie Baselstrasse und im Lee in Arlesheim (Abschluss PGV, Bau)	Die Trasseausbauten der BLT-Linie 10 haben sich wegen nicht abgeschlossener Plangenehmigungsverfahren und parlamentarischer Vorstösse weiter verzögert.
Trasseerneuerung Waldenburgerbahn		
4.02.04	Weitgehende bauliche Trennung Schiene/Strasse in Oberdorf (Bauprojekt, PGV)	Projektierungsarbeiten für die Ortsdurchfahrt und das Plangenehmigungsverfahren für den Abschnitt Winkelweg sind im Gang.
Bahn 2000, 2. Etappe (u.a. Wisenbergtunnel)		
4.02.05.02	Weitere Kontakte mit den Bundesstellen zur Realisierung	Die Nordwestschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV NWCH) reichte ihre Angebotsvorstellungen für die Bahn 2000, 2. Etappe, beim Bundesamt für Verkehr (BAV) ein. Die Angebotskonzepte der sieben KöV-Regionen wurden mit vier weiteren Konzepten des BAV und der SBB verglichen und bewertet. Die weitere Bearbeitung erfolgt auf der Grundlage der bestbewerteten "Betriebswirtschaftlichen Variante" der SBB. Der Wisenbergtunnel ist in diesem Konzept berücksichtigt.
4.02.05.03	Weitere Einflussnahme beim Bund in bezug auf das Projekt "Tieflage Bahnhof" Liestal	Es wurde ein Ideenwettbewerb über die städtebauliche Entwicklung des Bahnhofgebiets Liestal vorbereitet und durchgeführt. Die Jurierung erfolgt im Januar 2002.

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Individualverkehr**

Die nur beschränkt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollen auch weiterhin gezielt für den qualitativen Strassenbau eingesetzt werden. Dies bedeutet einerseits, dass die bestehenden Infrastrukturen erhalten werden und andererseits, dass der Strassenverkehr im Sinne einer langfristigen Planung soweit wie möglich auf wenige, dafür aber leistungsfähige Hauptachsen d.h. Hochleistungsstrassen konzentriert wird.

Gemäss dieser Zielsetzung werden mit erster Priorität der Bau der H2 (früher J2) Umfahrung Sissach vorangetrieben, die Detailprojektierung für die H2 (früher J2) Pratteln - Liestal weiterbearbeitet sowie die Planung der H18 (früher J18) Umfahrungsstrassen in Laufen/Zwingen an die Hand genommen.

Ebenfalls im Rahmen des qualitativen Strassenbaus wird das kantonale Radroutennetz mit Schwerpunkt in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet) weiter ausgebaut.

Massnahmen**Amtsbericht 2001****Regionale Strassennetzpläne bzw. kantonale Spezialrichtpläne**

4.02.06	Strassennetzplan Rheintal <i>Vorlage an den Landrat (evtl.)</i>	Die Vorlage an den Landrat betreffend Projektionskredit für den Spezialrichtplan Verkehr sowie für lokale Projekte in der Region Rheintal ist als Entwurf vorhanden.
4.02.08	Entwurf Landratsvorlage "Änderungen Strassennetzplan Laufental"	Das Überarbeiten des Strassennetzplanes erfolgt im Zusammenhang mit dessen Integration in den kantonalen Spezialrichtplan Verkehr.

	Massnahmen	Amtsbericht 2001
	A2 Belchentunnel	
4.02.10	Baubeginn der 1. Instandsetzungsetappe	Die Arbeiten verlaufen nach Programm.
	H2 Umfahrung Sissach	
4.02.11	Ausführung der Bauarbeiten unter Einhaltung der gesetzten Termine und Kredite im Hinblick auf die Fertigstellung Ende 2004	Die Bauarbeiten verlaufen nach Programm.
	H2 Liestal Pratteln	
4.02.12	Plangenehmigungsverfahren; evtl. Beschwerdeverfahren Detailprojektierung (Ausschreibung der Ingenieurarbeiten)	Die Projektierungsarbeiten sind wegen zwei hängigen Beschwerden am Verwaltungsgericht seit September 2000 sistiert. Im Dezember 2000 konnte mit den Beschwerdeführern eine Vereinbarung abgeschlossen werden, die anfangs 2002 Basis einer Abschreibung der Beschwerden bilden soll.
	H18 Umfahrung von Laufen und Zwingen	
4.02.13	Beginn Ausarbeitung Generelles Projekt inkl. Variantenvergleich und stufengerechte UVP	Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausschreibung der Ingenieurarbeiten betreffend Planung und Zweckmässigkeitsbeurteilung sind abgeschlossen.
	Verkehrsentlastung der Dorfkerne	
4.02.16.02	Ausarbeitung einer Studie zur Entlastung der Dorfkerne	Das Überarbeiten der "Gestaltungsrichtlinie" musste infolge personeller Engpässe - seitens unseres Partners ETH Zürich - zurück gestellt werden.
	Kantonales Radroutennetz	
4.02.17	Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Lautental, oberes Baselbiet)	Projektierung und Realisierung der regionalen Radrouten im ganzen Kanton verlaufen nach Programm.

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Wasserbau**

Mit dem Wandel im Umweltbewusstsein sind auch die Anforderungen an den Wasserbau, speziell an den Hochwasserschutz gestiegen. Das neue Bundesgesetz über den Wasserbau bezweckt den Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen des Wassers. Dieses Ziel soll mit minimalen Eingriffen in die Fliessgewässer realisiert werden. Dabei kommt der Gefahrenanalyse, der Differenzierung der Schutzziele, der zweckmässigen Massnahmenplanung und der Begrenzung des verbleibenden Restrisikos eine zentrale Bedeutung zu. Das Bundesgesetz über die Fischerei bestimmt, dass die freie Fischwanderung sicherzustellen ist. In diesem Sinne werden laufend unüberwindliche Abstürze in fischgängige Rampen umgebaut.

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- | | | |
|---------|--|--|
| 4.02.18 | Die regionale Entwässerungsplanung (REP) wird weiterbearbeitet. Das kantonale Wasserbaukonzept wird Bestandteil sein. Mittlerweile konnten auch die Kantone SO und JU zur Mitarbeit für das Pilotprojekt Birs gewonnen werden. | Der Entwurf zum neuen Wasserbaugesetz sieht das Erstellen einer Massnahmenplanung vor. Diese verfolgt die Ziele des Wasserbaukonzeptes, welches mit den hängigen zwei Postulaten gefordert wird. |
|---------|--|--|

Massnahmen

4.02.20 Revision des Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer
Vorlage an den Landrat

4.02.21 **neu** Weiterführung der Arbeiten für Projekt und Bau diverser Objekte (Allschwil, Biel-Benken, Gelterkinden, Giebenach, Ormalingen)

Amtsbericht 2001

Ende September konnte die verwaltungsinterne Vernehmlassung gestartet werden. Die Auswertung der Stellungnahmen und die Bereinigung des Revisionsentwurfes dauerte bis Ende Jahr.

Das überarbeitete Vorprojekt für den Hochwasserschutz Allschwil - im Sinne der Projektgruppe Accordo - ist in der internen Vernehmlassung auf positives Echo gestossen. Mit dem Gemeinderat Biel-Benken konnte ein Lösungsansatz für den Hochwasserschutz gefunden werden. Die Hochwasserschutzprojekte für Gelterkinden und Ormalingen sind soweit gediehen, dass die Planaufgabe durchgeführt werden kann. Der Dolenersatz Zettelbach in Giebenach ist erfolgt.

Programmpunkt Nr. 4.03**Bau und Architektur**

Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute, zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. In der Zentralverwaltung Platz Liestal zeichnet sich kurz- bis mittelfristig eine Raumknappheit ab, hauptsächlich ausgelöst durch Personalaufstockungen in den Bereichen Gerichte / Justiz, aber auch in verschiedenen Einzelbereichen aller Direktionen mit erweiterten Leistungsaufträgen. Mit dem geplanten Neubau des Justizzentrums voraussichtlich in Muttenz kann die Situation teilweise entschärft werden. Mittelfristige Raumbewirtschaftungsstrategien im Raum Liestal sind jedoch weiterhin zu beobachten und zu entwickeln.

Trotz verschiedener geplanter Neubauprojekte kann festgestellt werden, dass die Bauaktivitäten in unserem Kanton auch weiterhin zu einem grossen Anteil geprägt sind durch Umnutzungen und Erweiterungen der bestehenden Bauten und Anlagen sowie von werterhaltenden Sanierungsmassnahmen. Auf Grund des weiterhin ungebremst steigenden Raumbedarfs in der Kantonalen Verwaltung kann mittelfristig noch nicht mit einer Verringerung des Investitionsvolumens gerechnet werden.

Massnahmen

neu Raummanagement 2001

Amtsbericht 2001

Die Umstrukturierung beim Hochbauamt hat dem Raummanagement einen zentralen Wert zugeordnet. Es wurde eine Stelle geschaffen mit dem Ziel, Strategien zu der räumlichen Entwicklung der kantonalen Verwaltung zu erarbeiten. Sämtliche relevanten Raumbedürfnisse in der kantonalen Verwaltung werden über diese Stelle abgewickelt. Die Prüfung der Bedürfnisse und die Umsetzung zu wirtschaftlichen Lösungen (Miete, Kauf, Neubau, Umbau) erfolgt anhand von einheitlichen Kriterien im Hinblick auf die angestrebte strategische Entwicklung.

Parallel zu den laufenden Geschäften des Raummanagements, wird eine detaillierte Gebäudedatenbank aufgebaut (erfassen, mutieren, verwalten) um nach Vorliegen sämtlicher Raumdaten der Liegenschaften im Verwaltungsvmögen u.a. eine möglichst vollständige "Umlage" der Raumkosten pro Dienststelle durchführen zu können.

Schwerpunkte im Jahre 2001 bilden Bauvorhaben in unterschiedlichen Bau- und Planungsprozessen:

Im Bereich Bauausführung werden Bauleistungen an folgenden Objekten erbracht

Massnahmen

- Kantonsspital Liestal
(Fertigstellung letzte grosse Bauetappe)
- Neubau Dreifachsporthalle, Liestal
(Fertigstellung 2001)

4.03.03 Sanierung und Ausbau Kaserne, Liestal

Bauprojektvorlagen (Landratsvorlagen)
für folgende Projekte:

4.03.01 Umbau Psychiatrische Klinik Haus 5, Liestal

4.03.08 Erweiterung Behindertenheim Laubiberg,
Liestal

4.03.07 Verlegung Institut für Pathologie ins Kantons-
spital Liestal

4.03.09 Aus- und Umbau Gymnasium Oberwil

4.03.12 Neubau Kantonsbibliothek, Liestal

4.03.15 Sanierung Kantonslabor, Liestal

neu Umwelt- und Verbraucherschutzzentrum

Vorprojektvorlagen (Landratsvorlagen)
für die Projekte:

Amtsbericht 2001

Der Regierungsrat hat am 29. Mai 2001 eine 2. Zusatzkreditvorlage sowie eine Verpflichtungskreditvorlage an den Landrat überwiesen. Nach Bewilligung dieser Kredite wird die 2. Etappe des Bettenhaus 1 weitergeführt und mit der Sanierung der Eingangshalle begonnen. Im Herbst 2002 soll diese letzte Etappe und gleichzeitig das Gesamtprojekt abgeschlossen werden.

Im Juni 2001 wurde der Bau fertiggestellt und dem Nutzer übergeben.

Zusammen mit dem neuen Nutzer der Führungsunterstützung Heer (neues Standortmodell gemäss Armee XXI) wurde das Projekt überprüft und geringe nutzungsbedingte Anpassungen im Rahmen des bewilligten Projektes vorgenommen.

Zur Zeit ist das Projekt in der Phase der Vorbereitung zur Ausführung. Der voraussichtliche Baubeginn wurde auf Sommer 2002 festgelegt.

Die Baukreditvorlage wurde überwiesen und genehmigt. Nach der Referendumsfrist wird die Baueingabe eingereicht und die Realisierung in Angriff genommen.

Nach umfangreichen Abklärungen mit dem Bundesamt für Sozialversicherung wurde die Übernahme der Liegenschaft im Baurecht durch die Trägerschaft Insieme geprüft. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Liegenschaftsverkehr wurde ein Verkaufsangebot ausgearbeitet. Die Verkaufsverhandlungen sollen 2002 geführt werden.

Über einen öffentlichen Wettbewerb wurde ein Planerteam evaluiert, welches ein Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet hat. Die Baukreditvorlage ist in Bearbeitung.

Über eine zweistufiges Wettbewerbsverfahren wurde ein Projekt für die neue Mediothek/Bibliothek und das Foyer gewonnen. Durch Zustandsanalysen der Gebäudehülle und Haustechnik sowie weitere Bedarfsabklärungen wird der notwendige Umfang einer Erweiterung und Gesamtsanierung abgeklärt und eine Baukreditvorlage vorbereitet.

Die Baukreditvorlage wurde abgeschlossen und ist zur Überweisung an den Regierungsrat im Januar 2002 bereit.

Bedarfsanalyse von Seiten Nutzer (Vgl. VSD 3.01.19). Ausgelöst durch das Postulat 1999/202 haben BUD und VSD beschlossen, die Verwirklichung eines Umwelt- und Verbraucherschutzzentrums zu prüfen.

Das Projekt befindet sich in der Phase der Grundlagen- und Bedarfsabklärung durch die Generalsekretariate von BUD und VSD. Bauliche Fragen werden erst in Angriff genommen, wenn eine Umsetzung realistisch wird.

Massnahmen		Amtsbericht 2001
4.03.05	Erweiterung Staatsarchiv, Liestal	Mit dem aus dem Wettbewerb als Sieger hervorgegangenen Architekten wurde die Vorprojektvorlage ausgearbeitet. Sie wurde am 6. November 2001 vom Regierungsrat genehmigt und an den Landrat überwiesen.
	Wettbewerbsprojekte zur Erlangung von Projekten:	
4.03.02	Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz	Die Sanitätsdirektion prüft in Zusammenarbeit mit BUD und FKD im Rahmen einer Regionalen Gesundheitsplanung u.a. die betrieblichen Anforderungen des Kantonsspitals Bruderholz. Die Planungsarbeiten wurden bis zum Vorliegen der Resultate sistiert.
4.03.13	Neubau Römermuseum Augst	Die trinationale Semesterarbeit der virtuellen Architekturschule Oberrhein WS 2000/2001 und eine ergänzende Kostenstudie zeigen Komplexität, Vielschichtigkeit und Finanzbedarf dieses Bauprojektes auf. Mit dem für das Jahr 2002 vorgesehenen internationalen Wettbewerb für den Erlebnisraum Augst/Pratteln soll der Standort des Museums festgelegt werden. Weitere Schritte können erst eingeleitet werden, wenn in der Folge der Kantonale Nutzungsplan Augst erarbeitet und genehmigt ist.
4.03.16	Justizzentrum, Muttenz	Der Landrat hat am 22. November 2001 der Erwerbs- und Projektierungsvorlage 2001/088 zugestimmt.
neu	Kantonsspital Bruderholz, Sicherheitsrelevante Sofortmassnahmen	Verschiedene Anlagen der technischen Infrastruktur genügen altersbedingt nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen, Handlungsbedarf ist kurzfristig dringend gegeben. Ein Grobkonzept wurde erstellt.
neu	Ausbau Gymnasium Liestal	Eine Machbarkeitsstudie zeigt eine mögliche Umsetzung des Raumbedarfs auf dem Areal des Gymnasiums. Gestützt auf die Überarbeitung des Berichts "Raumbedarf Gymnasien und Berufsschulen" für die kommenden Jahre und der Machbarkeitsstudie wird das weitere Vorgehen bestimmt.
neu	Neugestaltung Parkanlagen Schloss Ebenrain und Bottmingen	Eine Landratsvorlage für gartendenkmalpflegerische Massnahmen in den Schlössern Ebenrain und Bottmingen ist in Vorbereitung. Konzepte und Vorprojekte liegen vor.
neu	Übernahme Gymnasium Laufen	Die Vorlage 2001/264 Übernahme des sich im Miteigentum des Kantons Solothurn befindlichen Teils des Regionalen Gymnasiums Laufenthal-Thierstein wurde am 6. November 2001 von der Regierung genehmigt und an den Landrat überwiesen.
neu	Universitätskinderklinik beider Basel, Neubau in Basel	Die Regierungen BL und BS haben sich für den Standort Basel entschieden. Unter der Federführung der Sanitätsdirektion BS wird in Zusammenarbeit mit den Hochbauämtern BS und BL, der VSD BL und den Finanzdirektionen BS und BL eine Projektierungsvorlage an die Parlamente der beiden Kantone vorbereitet.
neu	Übernahme Sekundarschulbauten	Die Vorlage liegt im Entwurf vor und ist in der Vernehmlassung.

Programmpunkt Nr. 4.04**Raumplanung**

Schwerpunkt der Raumplanung ist einerseits die interdisziplinäre Erarbeitung der Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung des Kantons mit den dafür notwendigen Grundlagen sowie der Aufbau der Raumbewertung als Entscheidungsgrundlage für den wirksamen Massnahmen- und Mitteleinsatz und andererseits die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005.

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- | | | |
|---------------------|---|--|
| 4.04.01 | Entwicklungskonzept und -projekte für die Trinationale Agglomeration Basel (TAB) sowie deren Umsetzung | Entwicklungskonzept und Schlüsselprojekte sind im Rahmen von INTERREG II erarbeitet worden. Der Antrag an den Regierungsrat zur Finanzierung der Umsetzung der Schlüsselprojekte via INTERREG III ist in Vorbereitung. |
| 4.04.03 | Erarbeitung des kantonalen Konzepts der räumlichen Entwicklung (KORE)
<i>Genehmigungsvorlage an den Landrat</i> | Der Entwurf des kantonalen Konzepts der räumlichen Entwicklung wurde einer breiten Vernehmlassung unterzogen und ausgewertet. Die Genehmigungsvorlage an den Landrat ist in Vorbereitung. |
| 4.04.05 | Umsetzen des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005 mit folgenden Schwerpunkten:
- Vorortslinien 10 und 11 zum Bahnhof Basel SBB (EuroVille)
- Angebotsausbau Regio-S-Bahn Laufen-Basel-Olten
- Optimierung der Tangentialbuslinien 60/63/64 mit verbesserter öV-Anbindung Schweizerhalle | Nach der Zustimmung des Landrates zu den Ausbaumassnahmen im öffentlichen Verkehr des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005 konnten sämtliche Schwerpunkte nach Programm per Fahrplanwechsel vom Juni 2001 umgesetzt werden. |
| 4.04.
neu | Anpassung der Gewichtung der Verkehrsmittel an die aktuellen Abgeltungen zur Bestimmung der Gemeindebeiträge (Revision Angebotsdekret)
<i>Vorlage an den Landrat</i> | Zur Kostenverteilung auf die Gemeindebeiträge wurde vom Landrat das Postulat (2000/196) überwiesen. Die Fragestellungen des Vorstosses müssen zusammen mit der Anpassung der Gewichtung behandelt werden. Die Arbeiten sind noch im Gang. |
| 4.04.06 | Konzept für einen behinderten- und betagtengeeichten öffentlichen Nahverkehr als Grundlage für die Revision des öV-Gesetzes
<i>Vorlage an den Landrat</i> | Gemäss Landratsbeschluss müssen gesamtschweizerische technische Lösungen für den Behindertentransport ausgearbeitet werden. Die massgebende Grundlage, das eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz, befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Die Arbeiten für das Konzept beider Basel stehen vor dem Abschluss. |
| 4.04.11 | Erarbeitung eines Controlling-Instrumentes zur Überwachung und Aufzeichnung der Entwicklung der Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume im Kanton BL als Grundlage für das Planen und Realisieren von wirksamen Massnahmen
<i>Vorlage an den Landrat</i> | Das Projekt verläuft gemäss Programm. Der Entwurf einer LR-Vorlage wird im ersten Semester 2002 vorgelegt. |
| 4.04.15 | Information der Gemeinden über den kommunalen Richtplan und die erforderlichen Anpassungen der kommunalen Vorschriften | Erfolgt laufend im Rahmen der Basellandschaftlichen Raumplanungsgespräche und im Zusammenhang mit aktuellen Planungsvorhaben der Gemeinden. Eine öffentliche Information ist spätestens nach Abschluss der Planungen in den drei Pilotgemeinden (Nenzlingen, Reigoldswil, Reinach) vorgesehen. |
| 4.04.17 | Vollzug des Inventars der Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung, insbesondere Realisierung des Ersatzstandortes "Mühlebachtal", Allschwil
<i>Vorlage an den Landrat</i> | Das Projekt wird im Rahmen des Hochwasserschutzprojektes realisiert unter Federführung der Abteilung Wasserbau des Tiefbauamtes. Die LR-Vorlage wird im ersten Quartal 2002 vorgelegt. |

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Das Jahr 2001 wird für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion das Jahr der Umsetzung und des Vollzugs eingeleiteter Konzepte im Bereich "Kriminalitätsbekämpfung" und Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01

Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung, Bevölkerungsschutz

Es gilt, bei der Kriminalitätsbekämpfung sowohl präventive als auch repressive Mittel einzusetzen. Das Gebiet "Verkehrssicherheit" als Teil der öffentlichen Sicherheit wird einen Tätigkeitsschwerpunkt bilden. In den Bereichen Militär und Bevölkerungsschutz müssen die grundlegenden Strukturen des Bundes auf die Ebene des Kantons umgesetzt werden.

Massnahmen	Amtsbericht 2001
5.01.10 Umsetzung der Staatsverträge zwischen der Schweiz und Deutschland bzw. Frankreich im Aufgabenbereich polizeilichen Zusammenarbeit	<p>Der Staatsvertrag mit Frankreich trat am 1. Oktober 2000 in Kraft. Eine Zusammenfassung und eine Anleitung für die Polizeimitarbeitenden über die Rechte und Pflichten wurden kommuniziert und instruiert.</p> <p>Der Staatsvertrag mit Deutschland wird voraussichtlich erst im ersten halben Jahr 2002 in Kraft treten. Gleichwohl sind eine Zusammenfassung und eine Anleitung für die Polizeimitarbeitenden über die Rechte und Pflichten kommuniziert und instruiert worden.</p>
5.01.19 Neuordnung der inter- und innerkantonalen Gefangenentransporte im Rahmen der schweizerischen Neuregelung (neu)	<p>Die interkantonalen Gefangenentransporte werden seit dem 3. Januar 2001 nach dem Konzept "Train-Street" durch die Arbeitsgemeinschaft SBB/Securitas durchgeführt. Sämtliche Schweizer Kantone haben sich für die Einführung dieses Transportsystems entschlossen.</p> <p>Auf Grund der Umsetzung des Konzeptes "Train-Street" wurde für innerkantonale Gefangenentransporte im Kanton BL ebenfalls ein Konzept erarbeitet.</p>
5.01.07 Aufbau und Einsatzbeginn der mobilen Fahndung im Rahmen des Konzeptes "erweiterte Kriminalitätsbekämpfung"	<p>Per 1.1.01 wurde der Leiter der Fahndung bestimmt. Er und zwei weitere Mitarbeiter absolvierten in der Folge einen mehrwöchigen Stage im In- und Ausland. Danach wurde die Fahndung im Verlaufe dieses Jahres nach und nach auf insgesamt 5 Mitarbeiter ausgebaut. Am 15.10.01 übernahm die Fahndung die Führung der Aktion Wellenbrecher, welche täglich durch Mitarbeitende der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung verstärkt wurde.</p>
Ausbildung und Einführung der JugendsachbearbeiterInnen	<p>Im Verlaufe des Jahres nahmen alle drei Jugendsachbearbeitenden ihre Tätigkeit auf. Obwohl sie erst seit kurzem operativ tätig sind, kann sich deren Bilanz sehen lassen. So konnten mehrere Raubüberfälle (Strassenraub), einige Tötlichkeiten, Einbruchdiebstähle und Sprayereien in Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft aufgeklärt werden.</p>
5.01.20 Inbetriebnahme des Verkehrsleitsystems auf Hochleistungsstrassen (neu)	<p>Aufgrund fremdbestimmter Verzögerungen konnte das System nicht wie geplant in Betrieb genommen werden. Mit beträchtlicher Verzögerung und nach Abschluss des Testbetriebes wurde das Verkehrsleitsystem VLS im Dezember 2001 schrittweise in Betrieb genommen. Mit der Schaffung der neuen Verkehrsleitzentrale wurden auf Seiten der Polizei die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung des VLS geschaffen.</p>

Massnahmen	Amtsbericht 2001
5.01.21 Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen im Rahmen des leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA und des Landverkehrsabkommens (neu)	Die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen konnte gemäss der Leistungsvereinbarung mit dem Bund umgesetzt werden.
5.01.22 Verstärkung der mobilen Geschwindigkeitskontrollen auf dem Kantonsgebiet (neu)	Die Einsatzgruppe Stinger nahm am 1. August 2001 ihren Dienst auf. Durch das neue Einsatzelement wurde der Bereich "mobile Geschwindigkeitskontrollen (Radar)" massiv ausgebaut.
5.01.14 Marketingmassnahmen und forcierte Spezialisierung von Mitarbeitenden für die Arbeit mit Gewalttättern und Umsetzung des neu erarbeiteten Gesamtkonzeptes (5.01.12.01)	Marketingmassnahmen: Es wurde eine Kundenkonferenz und -befragung, vor allem bei den einweisenden Behörden, durchgeführt. Die Rücklaufquote war gut, die Resultate zeigen, dass die Arbeit der AEA positiv beurteilt wird. Vorbereitet wurde eine zweite Fachkonferenz zum Thema Gewalt, sie wird im Mai 2002 stattfinden. Die Spezialisierung der Mitarbeitenden ist weit fortgeschritten. Das Konzept ist umgesetzt und wirksam.
5.01.13 Aufbau einer Malerei als Ersatz für die mechanische Werkstatt Erweiterung des Angebotes durch die Einführung der Ausbildungen "Betriebspraktikant" und "Möbelspritzlackierer"	Die Malerei ist mit zwei Mitarbeitenden und drei Lehrlingen und weiteren Interessenten voll in Betrieb und ist mit Aufträgen ausgelastet. Für die neue Ausbildung Betriebspraktiker haben wir eine Ausbildungsbewilligung und einen ersten Interessenten, mit dem ein Pilotlehrgang durchgeführt werden kann. Die Ausbildung Möbelspritzlackierer wird aus innerbetrieblichen Gründen nicht weiter verfolgt, da eine ähnliche Anlehre in der Malerei geschaffen wurde. Neu wurden zwei Arbeitsplätze für die Ausbildung des Metallbaukonstruktors geschaffen und entsprechende Lehrverträge abgeschlossen.
5.01.23 Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe (neu) "Bevölkerungsschutz BL" mit dem Auftrag, basierend auf dem genehmigten eidgenössischen "Leitbild Bevölkerungsschutz", das kantonale Leitbild auf Mitte 2001 zu erstellen und dieses gemeinsam mit dem kantonalen "Leitbild Zivilschutz" Ende 2001 in die Vernehmlassung zu geben.	Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe hat das Leitbild mit Leistungsaufträgen an die Partnerorganisationen erstellt. Die Vernehmlassung erfolgt im ersten Quartal 2002.
5.01.24 Bildung einer paritätischen Arbeitsgruppe "Zivilschutz BL" mit dem Auftrag, basierend auf dem genehmigten eidgenössischen "Leitbild Bevölkerungsschutz" und dem Entwurf des kantonalen "Leitbildes Bevölkerungsschutz" das kantonale "Leitbild Zivilschutz" Ende 2001 in die Vernehmlassung zu geben. (neu)	Die paritätischen Arbeitsgruppen haben die Leistungsaufträge für den Zivilschutz XXI formuliert. Auf ein Leitbild wurde verzichtet. Die Vernehmlassung erfolgt im ersten Quartal 2002.
5.01.18 Sanierung und Ausbau der Kaserne (vorbehaltlich der Volksabstimmung vom 24.09.2000) (vgl. BUD 4.03.03)	Das Baselbieter Volk hat der Sanierungsvorlage im September 2000 mit grossem Mehr zugestimmt. Mit dem Bund konnte der Terminplan für den Ausbau und die Sanierung der Kaserne festgelegt werden. Die Abbrucharbeiten von Küchentrakt und Magazinen werden im April 2002 erfolgen. Der Spatenstich ist im Sommer 2002 vorgesehen, und die eigentlichen Bauarbeiten erfolgen ab Herbst 2002. Die Übergabe der sanierten Kasernenanlagen an den neuen Nutzer - Führungsunterstützung / Uebermittlungstruppen - erfolgt nach zweijähriger Bauzeit im Herbst 2004 .

Massnahmen

- 5.01.25 Evaluation von Synergiemöglichkeiten inner- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung (neu)

Amtsbericht 2001

Zusammenführung Amt für Bevölkerungsschutz und Militärverwaltung

Das Reformvorhaben basiert auf den neuen Arbeitsbereichen des Bevölkerungsschutzes und den Veränderungen, welche die Bundesprojekte für die Kantone bringen werden. Deshalb macht es Sinn, die beiden Dienststellen zusammenzuführen und Synergien zu nutzen. Hierfür ist eine Änderung des Dekrets zum Verwaltungsorganisationsgesetz notwendig. Ein erster Entwurf der Landratsvorlage wurde Ende 2001 fertiggestellt. Der Regierungsrat wird die Vorlage im Frühjahr 2002 dem Parlament zuleiten.

Programmpunkt Nr. 5.02**Gesetzgebung**

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion legt einen Tätigkeitsschwerpunkt auf die systematische Überprüfung der Gesetzgebung. Daneben werden mehrere Gesetzesvorlagen ausgearbeitet.

Massnahmen

- 5.02.01 Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur systematischen und umfassenden Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Notwendigkeit und Aktualität.

Erstellung eines Grobkonzeptes zur Einführung der Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung.

Amtsbericht 2001

Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit aufgenommen und eine "Checkliste" zur Überprüfung der Gesetzgebung ausgearbeitet. Diese "Checkliste" kommt innerhalb der JPMD bereits zur Anwendung.

Das Grobkonzept liegt vor und wird im Rahmen eines Pilotprojekts bei der Erarbeitung des Integrationsgesetzes umgesetzt.

- 5.02.07 Vormundschaftsgesetz (die Vorlage ist bei der landrätlichen Justiz- und Polizeikommission).

Die landrätliche Justiz- und Polizeikommission hat diese Vorlage am 3.12.2001 im zustimmenden Sinne zuhanden des Landrates verabschiedet. Sie wird im Januar 2002 im Landrat beraten.

- 5.02.04 Umsetzung der Revision des Bürgerrechtsgesetzes zur Straffung des Einbürgerungsverfahrens (vorbehältlich der Volksabstimmung vom 24.09.2000).

Diese Revision trat am 1.1.2001 in Kraft. Die Bearbeitungsdauer der Einbürgerungsgesuche nach dem neuen Verfahren verkürzt sich, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, massiv. So konnten anfangs 2001 eingereichte Gesuche bereits im laufenden Jahr dem Regierungsrat zuhanden des Landrates weitergeleitet werden.

- 5.02.10 Landratsvorlage für ein Gesetz betr. Reduktion der Gebühren für die Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger aus Anlass der 500-jährigen Zugehörigkeit des Kantons zur Eidgenossenschaft (abhängig vom Ergebnis der Vernehmlassung).

Diese Vorlage wurde anlässlich der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001 verworfen.

- 5.02.09 Vernehmlassungs- und Landratsvorlage zur Überführung des Dekrets zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch über Ehe- und Partnerschaftsvermittlung, Eheungültigkeit, Ehescheidung und Ehetrennung in das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch.

Es wurde ein Vernehmlassungsentwurf ausgearbeitet, der vom Regierungsrat am 18.9.2001 den betroffenen Kreisen zur Stellungnahme mit Frist bis 31.12.2001 zugestellt wurde. Im Laufe des Jahres 2002 wird die Vorlage dem Landrat unterbreitet.

- 5.02.05 Landratsvorlage betr. Revision der Kantonsverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes in Sachen Zuständigkeit zur Erteilung des Kantons- und des Gemeindebürgerrechts.

Diese Vorlage wurde dem Landrat am 25.9.2001 überwiesen. Die landrätliche Justiz- und Polizeikommission hat am 3.12.2001 die 1. Lesung abgeschlossen. Die 2. Lesung wird im Januar 2002 stattfinden.

Massnahmen

- 5.03.01 Beratung der Vorlage 2000/090 über die Weiter-
 - 5.03.02 führung der Gerichtsreform (Revision des Ge-
 - 5.03.03 setzes betreffend die Organisation der richterli-
 - 5.03.07 chen Behörden und Änderung der Kantons-
- verfassung) in der Justiz- und Polizeikommission des Landrats.

Amtsbericht 2001

Die Verfassungsänderung und das neue Gerichtsorganisationsgesetz treten am 1. April 2002 mit Beginn der neuen Amtsperiode in Kraft.

6 ERZIEHUNGS- UND KULTURDIREKTION

Programmpunkt Nr. 6.01

Bildung

Die Vorbereitungen zur Bildungsgesetzgebung werden weiter voran gebracht. Insbesondere die Reform der Sekundarstufe I wird weiter vorbereitet. Hierzu gehören vor allem die vertiefte Planung der Schulkreise, des Schulraumes, der Stundentafeln und der Lehrpläne. Ebenso von Belang sind die Erhöhung des Lehrstellenangebotes und die Verbesserung der Berufsbildung sowie die Errichtung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB).

Massnahmen

Amtsbericht 2001

- | | |
|--|--|
| <p>6.01.01 Bildungsgesetz und Dekret: Beratung der Vorlage in der Erziehungs- und Kulturkommission des Landrates.
Schulnahe Verordnungen werden fertig gestellt.</p> | <p>Das Bildungsgesetz wurde im Verlaufe des Jahres 2001 durch die landrätliche Erziehungs- und Kulturkommission beraten und wird voraussichtlich im Jahre 2002 durch den Landrat verabschiedet. Im Rahmen seiner Umsetzung wird dem Landrat in Kürze auch eine Vorlage zur Uebernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton unterbreitet. Weiter Arbeiten sind aufgenommen: Anpassung der Verordnungsentwürfe an die Entscheide des Landrates zum Bildungsgesetz.
Instruktion der Schulen und Gemeinden betreffend der Umsetzung des Gesetzes.
Verhandlungen mit den Standortgemeinden über den Uebernahmepreis für die einzelnen Sekundarschulanlagen.
Ausarbeitung eines längerfristigen Investitionsprogrammes für die Sekundarschulanlagen.</p> |
| <p>6.01.02 Organisatorisch ist die Nutzung des Internets möglich, (alle Schulen ab Sekundarstufe I sind ans Internet angeschlossen, alle Schulen der Sekundarstufe II sind universell verkabelt und vernetzt). Nun müssen die Möglichkeiten der pädagogischen und didaktischen Verwendung der "neuen Medien" weiter ausgelotet werden. An je einer Real- und Sekundarschule wird die erweiterte Nutzung des Internets erprobt.</p> | <p>Die Realschulen Liestal und Pratteln sowie die Sekundarschule Reinach haben als Pilotschulen ihre Arbeit zur Erprobung einer erweiterten didaktischen Nutzung von Internet und Multimedia aufgenommen. Die universelle Gebäudeverkabelung der Gymnasien und der gewerblichen Berufsschulen ist abgeschlossen. Als Teil der Evaluation sind die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufen I und II (8. und 12. Schuljahr) in einem Online-Test erfasst worden, so dass im Frühjahr 2002 auch diesbezüglich Aussagen gemacht werden können.</p> |
| <p>6.01.41 (neu) Für die Primarschule wird eine Landratsvorlage zur Einführung des Computers als Arbeits- und Lernwerkzeug vorbereitet. Unterrichtshilfen für den PC-Einsatz an der Primarschule sind erstellt</p> | <p>Aus finanziellen Gründen zurückgestellt.</p> |
| <p>6.01.03 Die Weiterausbildung der Mitglieder von Schulpflegen und Kindergartenkommissionen wird sich auf die Unterrichtsbesuche und das Ausstellen von Arbeitszeugnissen konzentrieren.</p> | <p>Das Schulinspektorat konnte an zwei ganztägigen Samsstagsveranstaltungen die Schulpflegen und an drei Abendanlässen die Kindergartenkommissionen weiterbilden. Die schriftlichen Rückmeldungen ergaben ein sehr positives Echo.</p> |
| <p>6.01.05 Eine Landratsvorlage zur Beschlussfassung über die Optimierung der familienergänzenden Betreuung wird erstellt (zusammen mit FKD und VSD).</p> | <p>Die Grundlagen für ein kantonales Konzept der familienergänzenden Betreuung unter Einbezug des Kindergartens und der Schulen wurden erarbeitet. Der Regierungsrat hat beschlossen, zu Beginn des Jahres 2002 eine der fünf Direktionen als Familiendirektion zu bezeichnen und sie mit der Vorbereitung einer Gesetzesvorlage zu beauftragen.</p> |

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- | | | |
|---------------|---|--|
| 6.01.06 | Andere kantonale Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sollen im Hinblick auf ihre mögliche Anwendung im Baselbiet überprüft werden, um insbesondere die Ressourcenfrage und jene der Entscheidungskompetenz zu beantworten. Die neuen schulpsychologischen Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes im Bereich der Sonderschulung werden konsolidiert und weiter mit den beteiligten Institutionen vernetzt | Das Baselbieter Modell liegt im Rahmen verschiedener anderer durch das Schulinspektorat überprüfter Modelle in den Kantonen der deutschsprachigen Schweiz. Die Diskussionen um die neue Bildungsgesetzgebung haben von den erarbeiteten Vergleichsmöglichkeiten profitieren können.
Die Schulpsychologie im Bereich Sonderschulung hat sich zu einem integrierten Bestandteil des kantonalen schulpsychologischen Angebotes entwickelt. |
| 6.01.42 (neu) | Die bestehenden, durch Gemeinden geschaffenen Angebote für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit spezieller Leistungsfähigkeit an der Primarschule werden weiterhin unterstützt. Die Konzepte zu einer strukturellen Begabungsförderung werden im Hinblick auf eine mögliche Realisierung konkretisiert und ausgebaut. | Aus finanziellen Gründen zurückgestellt. |
| 6.01.09 | Vorbereitung der Behörden, Dienststellen und Schulen auf das neue Leitungskonzept | Zwei einwöchige Kaderkurse für Schulleitungen wurden von je 12 Leuten besucht. Die Vorbereitung der Behörden ist noch nicht erfolgt. |
| 6.01.11 | Orientierungsarbeiten: Die in den ersten Klassen der Berufsschule durchgeführten Orientierungsarbeiten werden neu in weiteren schulischen Angeboten der Sekundarstufe II sowie in den 4. Klassen der Sekundarstufe I eingeführt. | Die vom Schulinspektorat organisierten Orientierungsarbeiten in allen 4. Progymnasialklassen wurden am 4. und 5.12.01 erstmals durchgeführt; sie umfassten eine breite Palette von Aufgaben in den Fächern Mathematik und Englisch. |
| 6.01.14 | Abschluss weiterer Leistungsvereinbarungen mit Sonderschulen | Die Verhandlungen mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule über eine selbständige Leistungsvereinbarung für die Wielandschule sind im Gang und werden auf den 1.1.2003 abgeschlossen. Der Staatsvertrag für die Errichtung einer selbständigen, öffentlich-rechtlichen Trägerschaft der Regionalen Tagesschulen Münchenstein kommt 2002 vor den Landrat. Damit verbunden ist der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem TSM Schulzentrum. |
| 6.01.15 | Projekteingabe an das Bundesamt für Sozialversicherung für Neubau Heilpädagogische Tagesschule Liestal; Projektanmeldung für Neubau Heilpädagogische Tagesschule Münchenstein | Beide Projekte sind beim Bundesamt für Sozialversicherung angemeldet. Die Bauareale stehen fest: das sogenannte Pulverturmareal im Altmarkt, Liestal (mit Baurechtsvertrag des Kantons) und "im Loog", Münchenstein (Baurechtsvertrag der Gemeinde). |
| 6.01.43 (neu) | Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Beratungsstelle für Behinderte | Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Mosaik auf den 1.1.2002 abgeschlossen. |
| 6.01.16 | Schaffung eines Beratungs- und Kontaktnetzes für platzierende Stellen; Einführungskurse für interessierte Familien und Weiterbildung bestehender Pflegefamilien | Kurse für Pflegefamilien werden ab 2002 gemeinsam mit Basel-Stadt durchgeführt. Eine Vorlage zur Finanzierung qualifizierter Pflegeverhältnisse ist in Vorbereitung. Eine Projektgruppe beider Basel arbeitet an einem Projekt "Notfallplätze in Pflegefamilien". |

Massnahmen	Amtsbericht 2001
6.01.17 2. Projekt für schwerstkörperbehinderte Erwachsene; 2. Wohngruppe für leicht geistig behinderte Erwachsene; beide in privater Trägerschaft Regelung der Sozialberatungsleistungen für behinderte Erwachsene mit privaten Trägern	Das Projekt für ein Heim für schwerstkörperbehinderte Erwachsene wird in Abstimmung mit dem Neubau einer heilpädagogischen Tagesschule im Altmarkt, Liestal verwirklicht werden. Der Baubeginn ist Ende 2002 vorgesehen. In Arlesheim nahm eine Wohngruppe für leicht geistigbehinderte Erwachsene des Vereins insieme den Betrieb auf. Auf den 1.1.2002 wurde in Lausen eine weitere Gruppe eröffnet, getragen durch das Wohnheim "Räbhof". Mit der Stiftung Mosaik und der Beratungsstelle für Gehörlose konnten Leistungsvereinbarungen über die Sozialberatung für behinderte Erwachsene abgeschlossen werden.
6.01.18 Schaffung einer Ombudsstelle für Menschen mit einer Behinderung Ausarbeiten von Tarifverträgen mit IV-beitragsberechtigten Wohneinrichtungen für behinderte Erwachsene	Es ist vorgesehen, den kantonalen Ombudsman für den Bereich der Behindertenhilfe einzusetzen, der mit öffentlichen Geldern unterstützt wird. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Mit vier Wohnheimen wurde auf den 1.1.2002 als Pilotprojekt Tarifvereinbarungen mit fixen Monatspauschalen abgeschlossen.
6.01.19 Durchführen der externen Evaluation der Gymnasien sowie Evaluation der Schulversuche mit Aspekten der Teilautonomie	Bei der externen Evaluation des Gymnasiums Oberwil hatte man sich für eine Fokusevaluation mit 4 Themenbereichen entschieden: 1. Die im Projektstadium befindliche Leitungsstruktur für eine zukünftige teilautonome Schule; 2. Die Selbstevaluation; 3. Die Arbeit der Lehrpersonen; 4. Der innere Wert der Noten. Bei einem generell positiven Resultat erhielt die Schule wichtige Anregungen zur Weiterentwicklung. Der daraus erkennbare Entwicklungsbedarf, vor allem im Bereich der Selbstevaluation, stimmt mit der Selbsteinschätzung durch die Schulleitung überein. Die externe Evaluation hat aber auch gezeigt, dass dieses Instrument selbst noch weiter entwickelt werden muss. Die externe Evaluation des Gymnasiums Muttenz wird vorbereitet.
6.01.20 Umsetzung des mit dem Kanton Aargau vereinbarten Vertrages über eine gemeinsame Trägerschaft	Der Aufbau einer gemeinsamen Trägerschaft wurde im Berichtsjahr nicht angegangen und wird vorerst nicht weiterverfolgt. Der Grund dafür liegt darin, dass der Kanton Aargau abwarten möchte, bis seine Pläne für den strukturellen Umbau der aargauischen Volksschule mehrheitsfähig sind. Stattdessen wurde der laufende Vertrag einer Revision (Schulgeldhöhe) unterzogen und bildet nach wie vor eine handlungsfähige Grundlage für die enge Zusammenarbeit.
6.01.39 Umsetzung der Anforderungen der Fachhochschulen in die sich daraus ableitenden Reformen	Die Erziehungs- und Kulturdirektion hatte der Leiterinnen- und Leiterkonferenz der DMS 3 den Auftrag erteilt, eine Bestandesaufnahme der veränderten Gegebenheiten für die DMS 3 vorzunehmen und Perspektiven und Szenarien und Massnahmen zur Qualitätssicherung und Schlussfolgerungen aufzuzeigen sowie Massnahmen zur Qualitätsverbesserung vorzuschlagen. Der Bericht wurde im Laufe des Jahres vorgelegt.
6.01.40 Nach Abschluss der Konzeptarbeiten und Aufnahme des ersten Schuljahrganges nach dem neuen Konzept Erhalt der Anerkennung durch die Schweizerische Maturitätskommission	Das Anerkennungsverfahren läuft. Die EKD hat den ersten Zwischenbericht zeitgerecht bei der Schweiz. Maturitätskommission eingereicht. Die ersten Erfahrungen mit dem neu organisierten MAR-Lehrgang sind positiv.

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- 6.01.44 (neu) Neuregelung der Trägerschaft im Hinblick auf den Laufentalvertrag (2004) und Pläne des Kantons Solothurns, Neuregelung der Aufnahmebedingungen, das heisst Ersetzen der Aufnahmeprüfung durch ein anderes Aufnahmeverfahren
- 6.01.22 Neu soll die Ausbildung zum Mediamatiker/ zur Mediamatikerin im Rahmen eines neuen Ausbildungsmodells an der Berufsschule Muttenz angeboten werden. Die Ausbildung zum Informatiker/ zur Informatikerin soll weiter forciert werden. Für schulisch schwächere Jugendliche soll - im Hinblick auf das neue Berufsbildungsgesetz - die Attestausbildung erprobt werden, spez. im Metall- und Gastrobereich. Im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses 2 des Bundes werden verschiedene Projekte gestartet, immer mit der Zielsetzung, das Lehrstellenangebot einerseits für schwächere Jugendliche zu erhöhen und andererseits neue Lehrstellen für HighTech-Berufe und im Dienstleistungsbereich zu schaffen. Im Weiteren sollen spezielle Ausbildungsangebote und Sensibilisierungsprogramme zu Gunsten von Frauen entwickelt werden.
- 6.01.24 Um auch Jungfirmen und sehr spezialisierte Firmen für die Lehrlingsausbildung zu gewinnen, sollen Ausbildungsverbände geschaffen werden, wobei erprobt wird, wie die Geschäftsführung solcher Ausbildungsverbände organisiert werden kann.
- 6.01.25 Die gewerblich-industriellen Berufsschulen Liestal und Muttenz beteiligen sich am Qualitätssicherungsprojekt der Nordwest-schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW-EDK). Externe Evaluation der berufsbildenden Schulen und Gymnasien (KV Reinach)
- 6.01.26 Verstärktes Bekanntmachen (PR) für die Berufs-informationszentren in Binningen und Liestal und damit Verbessern der Information von Jugendlichen bezüglich erster Berufsziele und von Erwachsenen bezüglich beruflicher Laufbahnenentwicklung.
- Mit dem Kanton Solothurn wurde ein neuer Trägerschaftsvertrag für das Regionale Gymnasium Laufental-Thierstein abgeschlossen. Er ist am 1.1.2002 in Kraft getreten und sieht vor, dass die operationelle Führung voll und ganz in Baselbieter Hände übergeht. Bereits 2002 kommt für den Eintritt in das Progymnasium für die Laufentaler Schülerinnen und Schüler das Baselbieter Aufnahmeverfahren zur Anwendung, während für die Thiersteiner Schülerinnen und Schüler noch ein letztes Mal eine Aufnahmeprüfung durch das Gymnasium Laufen durchgeführt wird. Die Regierung hat zudem die Vorlage verabschiedet, in der dem Landrat vorgeschlagen wird, den Solothurnischen Anteil am Schulhaus zu übernehmen.
- Dank verschiedener Werbeaktionen konnten zahlreiche neue Betriebe für die Lehrlingsausbildung zum Informatiker/zur Informatikerin gewonnen werden. Die Lehrverträge im Bereich Informatik nehmen derart zu, dass die gewerblich-industrielle Berufsschule Muttenz bereits mit Raumproblemen zu kämpfen hat. Die Ausbildung zum Mediamatiker/zur Mediamatikerin ist von aprentas übernommen worden. Per Sommer 2001 ist in unserem Kanton neu die Ausbildung zum Betriebspraktiker/zur Betriebspraktikerin und die Ausbildung zum Logistikassistenten/zur Logistikassistentin eingeführt und angeboten worden (beide an der GIB Liestal). Im Weiteren wurden Aufträge zur Entwicklung einer Attestausbildung im Bereich Gastro und im Bereich Metall vergeben. An der Berufsschau in Muttenz sind Frauen und Mädchen auf verschiedene Ausbildungsangebote aufmerksam gemacht worden.
- Im Bereich der KV-Lehre sind - unter Federführung der Wirtschaftskammer Baselland - verschiedene Ausbildungsverbände geschaffen worden.
- Im Jahr 2001 ist der KV Reinach - mit erfreulichen Ergebnissen - extern evaluiert worden.
- Es sind verschiedene PR-Massnahmen zur Bekanntmachung der Berufs- und Informationszentren (BIZ) in Binningen und Liestal realisiert worden (Inserate in Regionalzeitungen, Durchführung von Tagungen, Schulung von Lehrkräften).

Massnahmen**Amtsbericht 2001**

- | | | |
|---------------------|---|--|
| 6.01.32 | Konsolidierung der FHBB als FH für Wirtschaft, Technik und Gestaltung und Weiterführung der administrativen Reformen. Umsetzung der mittel- bis langfristigen Strategieprojekte, vertiefte Zusammenarbeit mit der FH SO und der FH AG im Rahmen des Kooperationsrates. | Umsetzung bestehender und Aufnahme neuer Strategieprojekte (Finanzplanung, Organisationsentwicklung, Produkteportfolio). Erhöhte Transparenz des Leistungsauftrags. Externe Evaluation der Studiengänge und Strukturen (Peer Reviews des BBT). Erweiterung des Fachhochschulrates um zwei Mitglieder. |
| | | Revision der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Fachhochschulen beider Basel, Aargau und Solothurn, Verstärkung des Kooperationsrates, Vertiefung der Zusammenarbeit, Schaffung einer Koordinationsstelle für das Rechnungswesen, Erarbeiten eines gemeinsamen Portfolios. |
| 6.01.33/
6.01.34 | Gemeinsame konzeptionelle Vorbereitungsarbeiten mit Basel-Stadt. Wahl des Hochschulrates durch beide Regierungen; Inkraftsetzung des HPSA-BB-Vertrages; Wahl der Direktion durch den Hochschulrat; Genehmigung der neuen Studiengänge durch den Hochschulrat; Vorbereitung der Personalüberführung; Institutionalisierung von Forschung und Dienstleistung. | Weiterführung der konzeptionellen Vorbereitungsarbeiten mit Basel-Stadt. Erstellung von Konzepten in den Bereichen Curricula, Personal und Organisation, Qualitätssicherung Weiterbildung/Dienstleistung/ Forschung. Vorbereitung der Personalüberführung. Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Seminar, PI und FHS. |
| 6.01.35 | Weiterführung der Universitätsreform, Antrag an den Landrat, den Beitrag an die Universität Basel zu erhöhen, Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien für die Universität Basel. | Erneuerung des Universitätsvertrages und Erhöhung des Globalbeitrags an die Universität Basel. Weiterführung der Universitätsreform (Schwerpunkte: Strategische Ausrichtung 2002-06, Curricula, Strukturen). Regierungsrätliche Delegation zur Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien hat Verhandlungen aufgenommen. |
| 6.01.36 | Vorbereitungsarbeiten für die Entwicklung der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung zu einem Amt (Institut) für Erwachsenenbildung | Konzeptionelle Vorbereitungsarbeiten für eine Fachstelle Erwachsenenbildung sind abgeschlossen. |
| 6.01.37 | Koordinierte Zusammenarbeit mit diversen Weiterbildungsinstitutionen in der Region; Teilnahme der Erwachsenenbildungsinstitutionen am Forum der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung | Die Zusammenarbeit mit diversen Weiterbildungsinstitutionen wurde intensiviert, muss aber noch weiter ausgebaut werden. Forumsbeteiligung ist erfüllt. |
| 6.01.45
(neu) | Projektarbeit im Rahmen des Kooperationsverbundes der lehrerbildenden Institutionen am Oberrhein für die Einrichtung eines trinationalen Studienganges in der Grundausbildung von Lehrkräften für die Primarschule | Gemeinsame konzeptionelle Vorbereitungsarbeiten mit Basel-Stadt zur Gründung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSABB). Weiterleitung der Vorlage mitsamt dem Vertrag für die Fachhochschule an das Parlament. Parallel dazu Fortführung der Vorbereitungsarbeiten auf curricularer und reglementarischer Ebene. Vorbereitung der Personalüberführung aus der Fachhochschule für Soziale Arbeit und dem Pädagogischen Institut sowie dem Lehrerseminar Liestal an die HPSABB. |

Programmpunkt Nr. 6.02**Kultur**

Das Schwergewicht der Tätigkeiten liegt auf den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Jubiläumsjahr 2001 (Gesamtprojekt BASEL 2001 und Publikation der neuen Kantonsgeschichte von Baselland).

Massnahmen	Amtsbericht 2001
6.02.01 Neues Römermuseum: Projektierungsarbeiten (Vgl. BUD 4.03.13)	Im März wurden zahlreiche Projektarbeiten zum Römermuseum von Studierenden der "Virtuellen Architekturhochschule Oberrhein" abgeschlossen. Auf der Ebene Römersstadt/Gemeinderat Augst wurde eine paritätische Arbeitsgruppe gebildet, in welcher u.a. die Standortfrage geklärt werden soll.
6.02.02 Modernes Programm- und Betriebskonzept für das römische Theater	Das römische Theater soll ab 2007 bespielt, mit Rücksicht auf die Umgebung aber nicht übernutzt werden. Das Programm soll eine dem Ort entsprechende ausgeprägte Eigencharakteristik aufweisen und nicht andere Festspiele kopieren.
6.02.03 Für die römische Villa Munzach wird ein Sanierungs- und Nutzungskonzept erarbeitet	Eine Projektskizze wurde ausgearbeitet. Die Erarbeitung eines Sanierungs- und Nutzungskonzeptes ist im Gange; erste Massnahmen mussten aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden.
6.02.04 Archäologiegesetz: Beratung im Landrat	Das Archäologiegesetz wurde vom Regierungsrat am 8. Mai 2001 an den Landrat überwiesen.
6.02.12 Wieder-Eröffnung Mitte März 2001 (neu)	Das Augster Römerhaus ist mit grossem Erfolg erneuert und am 15. März 2001 eröffnet worden.
6.02.13 Für die Auswertung der Grossgrabung Lausen (neu) wird dem Landrat eine Vorlage für einen Verpflichtungskredit unterbreitet.	Die Vorlage Alt-Lausen wurde bis Ende Jahr ausgearbeitet; sie wird nach dem Eingehen einer Stellungnahme des Bundesamtes für Kultur im 1. Quartal 2002 an die Direktion gehen.
6.02.06 Bibliothekspass	Sondierungsgespräche haben stattgefunden.
6.02.07 Neubau Kantonsbibliothek (vgl. BUD 4.03.12)	Baukreditvorlage wurde ausgearbeitet und vom Regierungsrat am 29. Januar 2002 an den Landrat überwiesen.
6.02.08 Neuauflage des Berichts über die Perspektiven zur Förderung der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung 2001-2005 mit den Schwerpunkten in den Bereichen Neue Musik, Infrastruktur und Neue Medien.	Die Neuauflage des Berichts über die kulturpolitischen Perspektiven 2001-2005 wurde wegen der starken Inanspruchnahme der beauftragten Dienststelle durch das Jubiläumsprojekt "BASEL 2001 - 500 Jahre keine Schweiz ohne uns" auf das Frühjahr 2002 verschoben.
6.02.14 Ausbau der regionalen Kultur-Kooperation mit Lörrach (BRD) und Saint Louis (F) sowie im Rahmen der Internationalen Austauschateliers der Region Basel (IAAB).	Die Partnerschaft innerhalb der Trägerschaft IAAB wurde ausgebaut. In Weil/Lörrach wird ein neues Austauschatelier in Betrieb genommen. Die ausländischen Partnerschaften haben ebenfalls zwei Erweiterungen - eine in Holland, die andere in Afrika - erfahren. Aus kulturpolitischer Sicht hat sich das Projekt IAAB sehr gut entwickelt. Zum ersten Mal hat das grosse Festival "Stimmen" - in Kooperation mit Lörrach und der Stadt Liestal - in Liestal stattgefunden und wurde sofort ein Anlass mit überregionaler Ausstrahlung. Publikumszuspruch und Medienresonanz waren sehr stark. Eine Neuauflage ist für 2002 in Vorbereitung.
6.02.15 Neukonzeption der eigenproduzierten Konzerte (neu) in Sissach und Waldenburg	Die Konzertsaison 2001/02 in Waldenburg geht mit neuem Konzept und neuem Layout in Betrieb. Die neuen Vertragspartner sind für die neue Ausrichtung verantwortlich. Die Konzertsaison im Schloss Ebenrain in Sissach ist in Vorbereitung. Das neue Konzept wird auf Mitte 2002 realisiert.

Massnahmen

6.02.09 Gesamtprojekt BASEL 2001; Durchführung

Amtsbericht 2001

Das Jubiläumsprojekt "BASEL 2001 - 500 Jahre keine Schweiz ohne uns" wurde so wie geplant realisiert. Ohne den noch ausstehenden Berichten und Abrechnungen vorzugreifen, dürfen folgende Bewertungen vorgenommen werden.

Die inhaltlichen und qualitativen Zielsetzungen wurden erfüllt. Die Aufteilung des Jubiläumsprogramms auf drei voneinander zeitlich getrennte Akzente hat sich bewährt.

Es gab keine nennenswerten Kostenüberschreitungen; es wurden nicht alle Einnahmenziele erreicht (Sponsoring, Konsumation). Die bereitgestellten Budgets inklusive Reserven sind ausreichend.

Alle Projekte wurden sehr gut in Anspruch genommen - sowohl von der Partizipation als auch vom Publikum her.

Die Schweizer Medien haben die Festivitäten und den Europäischen Musikmonat überdurchschnittlich rezipiert.

6.02.10 Publikation der neuen sechsbändigen Baselbieter Kantongeschichte; begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Schliessung der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte

Die neue Kantongeschichte "nah dran - weit weg" wurde mit grossem Erfolg veröffentlicht. Die Forschungsstelle Baselbieter Geschichte wurde per Ende Jahr geschlossen.

Programmpunkt Nr. 6.03**Sport**

Die Umsetzung von Jugend+Sport 2000 und des Informationskonzeptes des Sportamtes werden in Angriff genommen. Gemäss Auftrag des Schweizerischen Olympischen Verbandes (SOV) wird auch die kantonale Informations- und Beratungsstelle für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler sowie Trainerinnen und Trainer eingerichtet werden.

Massnahmen6.03.05 (neu) Aktivierung des Kommunikationszentrums für Sportverbände, Sportvereine und Institutionen im Sportzentrum Schauenburg, Liestal
Einrichtung einer kantonalen Informations- und Beratungsstelle für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler sowie Trainerinnen und Trainer, in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Olympischen Verband; regelmässige Koordinationsveranstaltungen mit Verbänden und Vereinen (z.B. TrainerInnen, Präsidien); Erarbeitung einer detaillierten Zusammenstellung der Sportangebote für Jugendliche im Kanton**Amtsbericht 2001**

Das Kommunikationszentrum ist in den Räumlichkeiten des Sportzentrums Schauenburg geplant. Da der geplante Erweiterungsbau des Kunstturn-Zentrums noch nicht in Angriff genommen werden konnte, verzögert sich auch die Aktivierung des Kommunikationszentrums. Die Beratung im Leistungssport erlangt, auch auf Grund des vergrösserten Angebotes, kontinuierlich stärkere Bedeutung und beansprucht immer mehr Zeit. Mit der Durchführung der ersten beiden regionalen Trainertreffs, organisiert durch die Interessengemeinschaft Baselbieter Sportverbände unter Mitwirkung des Sportamtes, konnte ein weiteres Bedürfnis abgedeckt werden. Die arbeitsintensive Zusammenstellung der Sportangebote für Jugendliche steht kurz vor dem Abschluss und kann demnächst zum Einsatz gelangen.

6.03.02 Umsetzung der Veränderungen gemäss Vorgabe J+S 2000, Coachausbildung der Sportarten mit Feldversuchen auf drei Ebenen: a) intern, b) Ausbilder, c) ca. 1000 J+S-Coaches, Aufbau Sportnetze lokal und kantonal, jugendgerechte Vereinsförderung unter der Leitplanke J+S 2000

Die ersten Coach-Ausbildungen sowie die Durchführung der Feldversuche ergaben Erfahrungswerte für J+S 2000, die im Hinblick auf die definitive Umsetzung per 1.1.2003 wertvolle Ergebnisse lieferten. Die Anzahl an auszubildenden Coaches liegt tiefer als zuerst angenommen. Voraussichtlich werden bis Ende 2002 gegen 300 Baselbieter J+S-Coaches ausgebildet werden.

Massnahmen

- 6.03.06 (neu) Zusammenarbeit mit Pro Senectute BL; Betreuung der bestehenden und neu entstehenden Seniorensportgruppen in BL; Leiterkurs im Frühling, Fortbildungskurs im Herbst; Animation Wintersport für Senioren
- 6.03.07 (neu) Spezielle Angebote in Zusammenarbeit mit Vereinen durchführen; mindestens eine Aktion pro Monat; Aktion Saisonsport als Aufhänger der Jahresbroschüre "BLyb zwäg", in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung und Pro Senectute BL

Amtsbericht 2001

An Besprechungen mit der Pro Senectute BL wurden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit besprochen und ein gemeinsamer Fortbildungskurs im Frühjahr 2002 geplant. Der Leiterkurs konnte erfolgreich durchgeführt werden. Das Wintersportangebot stiess auf zu wenig Echo.

Die Aktion Saisonsport erfreut sich wachsender Beliebtheit. Zahlreiche Schnupperaktivitäten waren ausgebucht. Das Angebot soll künftig weiter ausgebaut werden. Die Jahresbroschüre "BLyb zwäg" beinhaltet eine Reihe von Schnupperkursen für Sportneulinge in verschiedensten Sportarten. Diese Schnupperkurse werden in der Regel durch Vereine und Verbände durchgeführt.

7 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2001.

Liestal, 29. Januar 2002

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident: Schmid

der Landschreiber: Mundschin

ANHANG 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2000/176	Interpellation von Esther Maag vom 7. September 2000: Massnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/171	Interpellation von Roland Plattner vom 7. September 2000: Rechtsradikalismus. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/230	Interpellation von Rita Kohlermann vom 16. November 2000: Massnahmen gegen BSE im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/203	Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 19. Oktober 2000: Zukunft des Rundfunks als Alarmierungs-, Informations- und Führungsinstrument in ausserordentlichen Lagen. Schriftliche Antwort vom	zurückgezogen	11/01/2001
2000/204	Interpellation von Esther Aeschlimann vom 19. Oktober 2000: Auswirkungen des Gesetzes über die Änderung der Gemeindebeiträge	beantwortet	11/01/2001
2000/231	Interpellation von Christine Mangold vom 16. November 2000: Verordnung über Lohnansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall. Schriftliche Antwort vom . Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/206	Interpellation von Heinz Mattmüller vom 19. Oktober 2000: Millionenverluste der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/249	Interpellation von Roland Laube vom 30. November 2000: Einnahmen aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrabgabe (LSVA)	beantwortet	11/01/2001
2000/232	Interpellation von Max Ritter vom 16. November 2000: Erklärungsnotstand der BSE ; Massnahmen in der Landwirtschaft. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	11/01/2001
2000/250	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Bestehende regionale Spitalplanungskommission	beantwortet	25/01/2001
2000/205	Interpellation von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 2000: Baselland als Vollkanton	beantwortet	08/02/2001
2000/215	Interpellation von Roland Bächtold vom 2. November 2000: Jugendkriminalität im Baselbiet. Schriftliche Antwort vom 19. Dezember 2000	erledigt	08/02/2001
2000/270	Interpellation von Ruedi Brassel vom 14. Dezember 2000: "Flugzug"	beantwortet	08/02/2001
2000/271	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 14. Dezember 2000: Kasernenausbau - eine Fehlplanung	beantwortet	08/02/2001
2000/262	Interpellation von Dieter Völlmin vom 13. Dezember 2000: Verkehrssicherheit auf dem Schulweg Lausen - Liestal	beantwortet	08/02/2001
2000/263	Interpellation von Peter Holinger vom 13. Dezember 2000: Schlacke der KVA Basel nach Liesberg statt nach Liestal. Schriftliche Antwort vom 23. Januar 2001	erledigt	08/02/2001
2000/261	Interpellation von Heidi Tschopp vom 13. Dezember 2000: Zeugnis für die Medizin. Schriftliche Antwort vom 13. Februar 2001	erledigt	22/02/2001
2001/011	Interpellation von Thomas Haegler vom 11. Januar 2001: Medikamentenabgabe in den Baselbieter Kantons- und Privatspitälern. Schriftliche Antwort vom 13. Februar 2001	erledigt	22/02/2001
2001/009	Interpellation von Ruedi Brassel vom 11. Januar 2001: "Digitale Fesseln" geplatzt?	beantwortet	22/02/2001
2001/062	Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Maul- und Klauenseuche	beantwortet	22/03/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2000/247	Interpellation von Sabine Stöcklin vom 30. November 2000: Strukturanpassungen bei Ausbildungsplätzen und Spitalaufbauten von Ärztinnen und Ärzten unter Berücksichtigung der bilateralen Verträge. Schriftliche Antwort vom 13. März 2001	erledigt	22/03/2001
2001/061	Interpellation von Elisabeth Schneider vom 22. März 2001: Maul- und Klauenseuche	beantwortet	22/03/2001
2001/060	Interpellation von Paul Schär vom 22. März 2001: Maul- und Klauenseuche im Kanton Basel-Landschaft	beantwortet	22/03/2001
2001/050	Interpellation von Liz Rytz vom 22. Februar 2001: J2 Umfahrung Sissach, Abtransport Tunnel-Ausbruchmaterial per Bahn	beantwortet	05/04/2001
2001/010	Interpellation von Simone Abt vom 11. Januar 2001: Änderung der Verordnung über Art und Massnahmen der Fürsorgeunterstützungen. Schriftliche Antwort vom 20. März 2001	erledigt	05/04/2001
2001/047	Interpellation der SP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Einsatz von Klärschlamm als Dünger in der Landwirtschaft	beantwortet	05/04/2001
2001/013	Interpellation von Maya Graf vom 11. Januar 2001: Nachhaltigkeit - Taten statt Worte. Schriftliche Antwort vom 13. März 2001	erledigt	05/04/2001
2001/029	Interpellation von Bruno Steiger vom 25. Januar 2001: Umstrittene Informationspolitik der Regierung im Sumpf kantonaler Affären? Schriftliche Antwort vom 20. März 2001	erledigt	05/04/2001
2001/028	Interpellation von Bruno Steiger vom 25. Januar 2001: Respektierung von Gesetz und Verfassung durch den Regierungsrat. Schriftliche Antwort vom 27. März 2001	erledigt	05/04/2001
2001/039	Interpellation von Dölf Brodbeck vom 8. Februar 2001: "Risikovorsorge bei Erdbeben". Schriftliche Antwort vom 27. März 2001	erledigt	05/04/2001
2001/042	Interpellation von Thomas Haegler vom 8. Februar 2001: Medikamente in der Schweinezucht	beantwortet	26/04/2001
2001/027	Interpellation der SP-Fraktion vom 25. Januar 2001: Gewährleistung einer umfassenden und qualitativ hochstehenden Lebensmittelkontrolle. Schriftliche Antwort vom 20. März 2001	erledigt	26/04/2001
2001/012	Interpellation von Esther Maag vom 11. Januar 2001: Kontrollen bei den Schwerverkehrsabgaben. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001	erledigt	26/04/2001
2001/048	Interpellation von Christoph Rudin vom 22. Februar 2001: Zusammenarbeit der Fachhochschule beider Basel mit dem Oekozentrum Langenbruck	beantwortet	26/04/2001
2001/038	Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 8. Februar 2001: Bewilligung / Nichtbewilligung von öffentlichen Kundgebungen / Demonstrationen. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001	erledigt	10/05/2001
2001/083	Interpellation von Maya Graf vom 22. März 2001: Luftverkehr - Wachstum auf unser aller Kosten. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001	erledigt	10/05/2001
2001/080	Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Flugemissionen im Oberbaselbiet. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001	erledigt	10/05/2001
2001/053	Interpellation von Madeleine Göschke vom 22. Februar 2001: Informationspolitik des Flughafens zu einer Notlandung am 22. Januar und zu einem Tiefflug am 8. Februar. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001	erledigt	10/05/2001
2001/052	Interpellation von Thomas Haegler vom 22. Februar 2001: "Umstrittene" Kaderplanung bei der Kantonspolizei. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001	erledigt	10/05/2001
2001/051	Interpellation von Hanspeter Frey vom 22. Februar 2001: Belchentunnel Sanierungsstollen, Fragen zum Planungsablauf	beantwortet	31/05/2001
2001/049	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Wirtschaftsbericht betreffend strategische Ziele der Universität Basel. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	erledigt	31/05/2001
2001/077	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Standortfaktor Steuern. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	erledigt	31/05/2001
2001/152	Interpellation der SP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Massiver Stellenabbau bei Roche - Konsequenzen für unsere Region	beantwortet	31/05/2001
2001/119	Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 26. April 2001: Erteilung von Arbeitsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	erledigt	31/05/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2000/099	Interpellation von FDP-Fraktion vom 4. Mai 2000: Resultate der Wirtschaftsförderung im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 27. März 2001	erledigt	31/05/2001
2001/041	Interpellation von FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Wann kommt der Container-Terminal im Birsfelder Hafen?. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	erledigt	31/05/2001
2001/075	Interpellation der SP-Fraktion vom 22. März 2001: Zukunft der Arbeitsplätze bei Adtranz/Railcor Pratteln	beantwortet	31/05/2001
2001/076	Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Neue Verwendungszwecke für stillgelegte Industrie- und Bahnhofareale. Schriftliche Antwort vom 15. Mai 2001	erledigt	31/05/2001
2001/118	Interpellation der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Konjunkturgerechte Finanzpolitik	beantwortet	31/05/2001
2001/153	Interpellation von Dieter Völlmin vom 31. Mai 2001: Stauraum für 350 Lastwagen zwischen Lausen und Sissach	beantwortet	07/06/2001
2001/160	Interpellation der FDP-Fraktion vom 7. Juni 2001: Vollkanton BL, BS	beantwortet	07/06/2001
2001/081	Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Geplanter Ausbau der Fernwärme Liestal	beantwortet	07/06/2001
2001/121	Interpellation von Helen Wegmüller vom 26. April 2001: Sozialhilfegesetz	beantwortet	07/06/2001
2001/082	Interpellation von Alfred Zimmermann vom 22. März 2001: Dem Baselbieter Wald geht es schlecht	beantwortet	07/06/2001
2001/205	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Pressecommuniqué vom 20.08.2001 des Bezirkstatthalteramtes Liestal im "Fall Wehrlin"	beantwortet	06/09/2001
2001/079	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 22. März 2001: Budgetposten 2420.473.900, Bussen	beantwortet	20/09/2001
2001/138	Interpellation von Ursula Jäggi vom 10. Mai 2001: Spielt Entführung im Rotlichtmilieu?	beantwortet	20/09/2001
2001/250	Interpellation der Grünen-Fraktion vom 25. Oktober 2001: Beteiligung des Kantons BL an der neuen Crossair	beantwortet	25/10/2001
2001/249	Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. Oktober 2001: Crossair-Beteiligung des Kantons	beantwortet	25/10/2001
2001/078	Interpellation von Dölf Brodbeck vom 22. März 2001: Parking-Konzept im Gebiet Brüglingen / St. Jakob	beantwortet	29/11/2001
2001/074	Interpellation von Sabine Stöcklin vom 22. März 2001: Aktuelle Probleme der abstinenzorientierten Drogentherapieeinrichtungen. Schriftliche Antwort vom 22. Mai 2001	erledigt	29/11/2001
2001/096	Interpellation von Patrick Schäfli vom 5. April 2001: Auszahlungen von landwirtschaftlichen Baubeträgen (Hochbauten)	beantwortet	29/11/2001
2001/137	Interpellation von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Alters- und Pflegeheime / Wartefristen im Kanton Basel-Landschaft	beantwortet	29/11/2001
2001/095	Interpellation der SP-Fraktion vom 5. April 2001: Neues Umwelt- und Verbraucherschutzzentrum (UVZ). Schriftliche Antwort vom 29. Mai 2001	erledigt	29/11/2001
2001/098	Interpellation von Max Ritter vom 5. April 2001: Tunnelbrände sind gefährlich	beantwortet	29/11/2001
2001/139	Interpellation von Christoph Rudin vom 10. Mai 2001: Wessen Meinung vertritt die Regierung in ihren Vernehmlassungen?	beantwortet	29/11/2001
2001/140	Interpellation von Hans Schäublin vom 10. Mai 2001: Bewilligung eines Orientierungslaufes während der Setz- und Brutzeit	beantwortet	29/11/2001
2001/232	Interpellation von Daniel Wyss vom 20. September 2001: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	beantwortet	29/11/2001
2001/231	Interpellation von Margrit Blatter vom 20. September 2001: Verbot zur Benützung von Mobiltelefonen in den öffentlichen Verkehrsmitteln	beantwortet	29/11/2001
2001/174	Interpellation von Hans Schäublin vom 21. Juni 2001: Erarbeitung eines Grundlagenpapiers betreffend der Verbreitung des Rechtsextremismus unter schweizerischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Baselbiet	beantwortet	29/11/2001
2001/172	Interpellation von Jacqueline Halder vom 21. Juni 2001: Umbau der Sekretariate ind der Bau- und Umweltschutzdirektion	beantwortet	29/11/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2001/224	Interpellation von Max Ritter vom 6. September 2001: Realisierung einer Kantonalen Vergärungsanlage	beantwortet	29/11/2001
2001/265	Interpellation der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Wegzug der Institut Straumann AG. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	13/12/2001
2001/120	Interpellation von CVP/EVP-Fraktion vom 26. April 2001: Stellung und Bedeutung der Gemeinden	beantwortet	13/12/2001
2001/274	Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. November 2001: Weggang der Waldenburger Firma Institut Straumann nach Basel. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	13/12/2001
2001/256	Interpellation von Roland Laube vom 25. Oktober 2001: Steuerliche Benachteiligung der Mieter / innen ohne Ende. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	13/12/2001
2001/156	Interpellation von Ruedi Zimmermann vom 31. Mai 2001: Besteuerung von Cannabis	beantwortet	13/12/2001
2001/173	Interpellation von Roland Laube vom 21. Juni 2001: Auswirkungen der Reform der Familienbesteuerung. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	13/12/2001
2001/175	Interpellation von Peter Meschberger vom 21. Juni 2001: Auswirkungen von Art. 50 der Bundesverfassung auf das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 18. September 2001	erledigt	13/12/2001
2001/275	Interpellation der CVP-Fraktion vom 8. November 2001: Wegzug der Firma Straumann aus Waldenburg. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	13/12/2001

Erläuterungen

beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates
erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2001/014	Schriftliche Anfrage von Mirko Meier vom 11. Januar 2001: Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie	13/03/2001
1999/022	Schriftliche Anfrage von Willi Müller vom 28. Januar 1999: Steuerliche Begünstigung von Wohneigentümern?	20/03/2001
2001/030	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 25. Januar 2001: Verkehrsschau	20/03/2001
2000/138	Schriftliche Anfrage von Heinz Mattmüller vom 8. Juni 2000: Einkommensberechnung und KVG-Prämienverbilligung im Rentenalter	20/03/2001
2001/054	Schriftliche Anfrage von Maya Graf vom 22. Februar 2001: Festlegung eines Standortes für eine zukünftige Inertstoffdeponie in der Region Gelterkinden	03/04/2001
2001/099	Schriftliche Anfrage von Ruedi Zimmermann vom 5. April 2001: Neuer Standort der Fortura AG Sissach	29/05/2001
2001/084	Schriftliche Anfrage von Franz Ammann vom 22. März 2001: Entwicklung der Folgen des Cannabis-Konsums unter Jugendlichen	05/06/2001
2001/100	Schriftliche Anfrage von Margrit Blatter vom 5. April 2001: Unbediente SBB-Bahnhöfe im Baselbiet	05/06/2001
2001/122	Schriftliche Anfrage von Heinz Mattmüller vom 26. April 2001: Deklaration von Staatszugehörigkeiten in polizeilichen Presseberichten und in den Medien	27/11/2001

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

Keine

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2001/019	Bericht der Landeskanzlei vom 23. Januar 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. Januar 2001	alle Fragen beantwortet (9)	25/01/2001
2001/043	Bericht der Landeskanzlei vom 20. Februar 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. Februar 2001	alle Fragen beantwortet (5)	22/02/2001
2001/057	Bericht der Landeskanzlei vom 20. März 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. März 2001	alle Fragen beantwortet (10)	22/03/2001
2001/108	Bericht der Landeskanzlei vom 24. April 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 26. April 2001	alle Fragen beantwortet (6)	26/04/2001
2001/149	Bericht der Landeskanzlei vom 29. Mai 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 31. Mai 2001	alle Fragen beantwortet (4)	31/05/2001
2001/226 a	Bericht der Landeskanzlei vom 18. September 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 20. September 2001	alle Fragen beantwortet (12)	20/09/2001
2001/244	Bericht der Landeskanzlei vom 23. Oktober 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. Oktober 2001	alle Fragen beantwortet (8)	25/10/2001
2001/281	Bericht der Landeskanzlei vom 19. November 2001: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. November 2001	alle Fragen beantwortet (6)	22/11/2001

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2001 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
2000/239	Postulat von Bruno Steiger vom 30. November 2000: Sofortige Ausdehnung des Verfüterungsverbot von Fleisch- und Knochenmehl auf sämtliche Nutztiere	überwiesen als Postulat und abgeschrieben	11/01/2001	
2000/202	Postulat der Grünen-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Arbeitsbedingungen im Empfangsraum der Landeskanzlei	überwiesen und abgeschrieben	25/01/2001	
1998/129	Postulat von Heinz Aebi vom 25. Juni 1998: Differenzbereinigungsverfahren in partnerschaftlichen Geschäften mit dem Kanton Basel-Stadt	überwiesen und abgeschrieben	25/01/2001	
1987/095	Postulat der Spezialkommission Masterplan Bahnhof SBB Basel vom 6. Mai 1987: Realisierung des Konzeptes "Bahnhof plus"	abgeschrieben; überwiesen	25/01/2001	1998/088
1993/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Oktober 1993: Änderung und Ergänzung des Entwurfs zum Regionalplan Siedlung	abgeschrieben; überwiesen	25/01/2001	1998/088
2000/268	Postulat von Urs Wüthrich vom 14. Dezember 2000: "Keine Löhne unter 3'000 Franken"	überwiesen und abgeschrieben	08/02/2001	
1999/139	Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Einbürgerungsaktion aus Anlass der 500 jährigen Zugehörigkeit des Kantons zur Eidgenossenschaft	abgeschrieben; überwiesen	08/02/2001	
1999/117	Postulat von FDP-Fraktion vom 3. Juni 1999: Zahl der Staatsanwälte	abgeschrieben; überwiesen	22/02/2001	2000/090
1990/038	Motion von Max Kamber vom 8. Februar 1990: Änderung der einschlägigen Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/02/2001	2000/090
1997/128	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Juni 1997: Beschleunigte Einführung eines Kantonsgerichts	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	22/02/2001	2000/090
1993/264	Motion der Spezialkommission Landratsgesetz vom 18. November 1993: Normierung des Begriffs "Justizverwaltung" im Gerichtsverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1941	abgeschrieben; überwiesen	22/02/2001	2000/090
1999/009	Postulat von FDP-Fraktion vom 14. Januar 1999: Einrichtung einer Wirtschaftskammer des Strafgerichts	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/02/2001	2000/090
1998/051	Motion von Maya Graf vom 12. März 1998: Offenlegung der Interessenbindungen durch die Vorsitzenden und die Mitglieder der Gerichte	abgeschrieben; überwiesen	22/02/2001	2000/090
1984/049	Postulat von Claude Janiak vom 13. Februar 1984: Abänderung von § 27 Absätze 3 und 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes betr. Wahlfähigkeit der Mitglieder der Überweisungsbehörde	abgeschrieben; überwiesen	22/02/2001	2000/090
1997/057	Postulat von Esther Maag Zimmer vom 20. März 1997: Einführung eines "Armut-Bulletins"	abgeschrieben; überwiesen	22/03/2001	2000/258
1987/151	Postulat der Fraktion der Grünen vom 1. Juli 1987: Einführung eines Halbstundentaktes auf den Linien der SBB (Olten-Basel-Delemont-Basel) und Gewährleistung der Anschlüsse an die weiteren öffentlichen Verkehrsmittel	abgeschrieben; überwiesen	05/04/2001	2000/238
2000/051	Postulat von Dieter Völlmin vom 24. Februar 2000: Zusammensetzung des Beirats der BLT	abgeschrieben; überwiesen	05/04/2001	2000/238
2000/032	Postulat von Alfred Zimmermann vom 10. Februar 2000: Beirat der BLT	abgeschrieben; überwiesen	05/04/2001	2000/238
2000/200	Postulat von Margrit Blatter vom 19. Oktober 2000: Erteilung eines Generellen Leistungsauftrages im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2001 - 2005	überwiesen und als erfüllt abgeschrieben	05/04/2001	
1998/251	Postulat von Robert Piller vom 26. November 1998: Schnellzugshalt auf der SBB-Station Dornach-Arlesheim	abgeschrieben; überwiesen	05/04/2001	2000/238

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
1997/238	Postulat von Peter Minder vom 13. November 1997: Kataster über die öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen bei Grundstücken	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	26/04/2001	2000/091
2001/072	Postulat von Daniel Wyss vom 22. März 2001: Für eine ethisch- ökologische Pensionskasse BL Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	überwiesen und abgeschrieben	10/05/2001	
2001/069	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Behebung des Mangels an Arbeitskräften	überwiesen und abgeschrieben	31/05/2001	
1997/117	Postulat von CVP-Fraktion vom 12. Juni 1997: Einführung einer Inkassohilfe / Bevorschussung von Ehegatten- resp. Ehegattinnenalimente	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	21/06/2001	
1999/150	Postulat von Esther Aeschlimann vom 1. Juli 1999: Trotz voller Erwerbstätigkeit keine Existenzsicherung	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	21/06/2001	
2001/035	Motion der SVP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Standesinitiative für Vollkanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt	abgeschrieben; überwiesen	21/06/2001	2001/124
1996/084	Postulat von Peter Brunner vom 25. März 1996: Fiskalische Massnahmen zur Förderung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1995/073	Postulat von Franz Ammann vom 23. März 1995: Gleichstellung Verheirateter und Alleinstehender bei der Vermögenssteuer	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1999/235	Postulat der VGK des Landrates vom 11. November 1999: Unterstützung der Stiftung CENTRE NATURE LES CERLATEZ	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	2001/125
1997/080	Postulat der FDP-Fraktion vom 24. April 1997: Grundstudium Informatik an der Fachhochschule beider Basel	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1999/172	Postulat von Mirko Meier vom 2. September 1999: Präventive "psychologische" Betreuung an den Kantonsschulen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1997/093	Postulat von FDP-Fraktion vom 15. Mai 1997: Steuerliche Massnahmen zur Förderung des Risikokapitals	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1998/189	Postulat von Danilo Assolari vom 15. Oktober 1998: Weiterführung der Architektur- und Bauingenieurabteilungen an der FHBB	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/09/2001	
1996/256	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 28. November 1996: Änderung der Kindereralimenten-Besteuerung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1997/092	Postulat von FDP-Fraktion vom 15. Mai 1997: Reform der Unternehmungsbesteuerung	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1997/144	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. Juni 1997: Velopatrouille für die Polizei 2000	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
2000/228	Postulat von Hanspeter Ryser vom 16. November 2000: Deklaration der MwSt in den Kreditvorlagen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1999/008	Postulat von SP-Fraktion vom 14. Januar 1999: Internationale Bemühungen zur Aufhebung der Steuerbefreiung auf Treibstoffen für den Flugverkehr intensiv verstärken	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1999/218	Postulat von Dieter Völlmin vom 28. Oktober 1999: Vernünftige und durchsetzbare Nutzungsbestimmungen für Wintergärten	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1999/271	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 16. Dezember 1999: Mehr Sicherheit beim Überqueren der Strassen für die Schüler/innen von Häfelfingen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1999/190	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Erleichterung der Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1994/054	Postulat von Alfred Zimmermann vom 10. März 1994: Velostationen an Bahnhöfen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1999/220	Postulat von Peter Meschberger vom 28. Oktober 1999: Flankierende Massnahmen Umbau Galerie Schweizerhalle	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1997/105	Postulat von SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Erhöhung der Standortattraktivität im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (Multimedia)	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
1997/135	Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen im Bereich der Sekundarschulstufe 2	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1997/055	Postulat von FDP-Fraktion vom 20. März 1997: Vernünftige Anwendung von Umweltvorschriften vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	2001/126
1996/079	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 25. März 1996: Änderung des Steuer- und Finanzgesetzes (Unterstellung der Vermögenserträge aus Einmaleinlage-Versicherungen unter die kantonale Einkommenssteuer)	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/09/2001	
1994/241	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Steuerliche Entlastung der natürlichen Personen nach Annahme des Gewässerschutzgesetzes	abgeschrieben; überwiesen	06/09/2001	
1998/220	Postulat von Karl Rudin vom 29. Oktober 1998: Verkehrskonzept für die Zeit der Belchensanierung	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/09/2001	
2001/037	Postulat von FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Einen "Backbone" für die Baselbieter Kommunikationsnetze	abgeschrieben; überwiesen	20/09/2001	2001/150
2000/112	Motion von Dieter Schenk vom 18. Mai 2000: Rasche Realisierung des J2-Halbanschlusses Gasstrasse Liestal	abgeschrieben; überwiesen	20/09/2001	2001/020
1999/236	Postulat von Dieter Völlmin vom 11. November 1999: Einführung des Globalbudgets	abgeschrieben; überwiesen	20/09/2001	
2001/131	Motion von Max Ribi vom 10. Mai 2001: Raschere Umsetzung überwiesener Motionen	überwiesen und abgeschrieben	20/09/2001	
2000/008	Postulat von Hans Schäublin vom 13. Januar 2000: Schaffung einer temporären Koordinationsstelle für die Holzvermarktung und den Personal und Maschineneinsatz	abgeschrieben; überwiesen	08/11/2001	2001/128
1997/241	Postulat von Maya Graf vom 13. November 1997: Tagesstruktur für jugendliche Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene (analog Kanton Bern)	abgeschrieben; überwiesen	08/11/2001	2001/158
2000/004	Postulat von Hans Schäublin vom 13. Januar 2000: Vorfinanzierung fachlich einwandfrei ausgeführter Aufrüstung von Sturmholz durch den Kanton bei drohender Borkenkäferinvasion	abgeschrieben; überwiesen	08/11/2001	2001/128
2000/007	Postulat von Hans Schäublin vom 13. Januar 2000: Wert erhaltende Lagerung von Sturmholz	abgeschrieben; überwiesen	08/11/2001	2001/128
2000/006	Motion von Hans Schäublin vom 13. Januar 2000: Unterstützung von Wiederherstellungsprojekten	abgeschrieben; überwiesen	08/11/2001	2001/128
2001/171	Postulat von Peter Brunner vom 21. Juni 2001: Hülfendenkmal in Frenkendorf	überwiesen und abgeschrieben	29/11/2001	
2001/092	Postulat von Hanspeter Frey vom 5. April 2001: Ausbildung für den Einsatz bei Unfällen in Tunnels	überwiesen und abgeschrieben	29/11/2001	
2001/136	Postulat der Grünen-Fraktion vom 10. Mai 2001: Faire Zulassungsprüfung für Naturärzte und Naturärztinnen	überwiesen und abgeschrieben	29/11/2001	
2001/170	Postulat von Hildy Haas vom 21. Juni 2001: Flankierende Massnahmen, Sanierung Bölichentunnel	überwiesen und abgeschrieben	29/11/2001	
2000/251	Verfahrenspostulat von Hanspeter Ryser vom 30. November 2000: Einführung eines GPK- Sekretariats	überwiesen und abgeschrieben	29/11/2001	

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben

=

in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben

abgeschrieben; überwiesen

=

am angegebenen Datum überwiesen; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr neu
1986/145	Postulat von Alfred Peter vom 8. September 1986: Aufwertung der Stellung des Rektors an Volksschulen	2001/105
1990/204	Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 10. September 1990: Überprüfung und Neustrukturierung des Vormundschaftswesens	1999/182
1988/240	Postulat von Liselotte Schelble vom 12. September 1988: Erwachsenenbildung im Kanton Basel-Landschaft	2001/105
1990/065	Postulat von Oskar Stöcklin vom 15. März 1990: Wahl der Lehrervertreter im Erziehungsrat	2001/105
1992/047	Postulat der Spezialkommission Natur- und Heimatschutzgesetz vom 13. Februar 1992: Schaffung einer besseren Grundlage für die Archäologie	2001/127
1993/279	Motion von Barbara Fünfschilling vom 6. Dezember 1993: Kompetenzen der Rektorate an den Volksschulen	2001/105
1993/280	Postulat von Barbara Fünfschilling vom 6. Dezember 1993: Autonomie der Volksschulen	2001/105
1994/023	Postulat von Barbara Fünfschilling vom 31. Januar 1994: Abschaffung des Erziehungsrates	2001/105
1994/063	Postulat der SP-Fraktion vom 21. März 1994: Allfällige Abschaffung des Erziehungsrates	2001/105
1994/248	Postulat von Alfred Zimmermann vom 10. November 1994: Eggflue-Tunnel: Flankierende Massnahmen für die Ortsdurchfahrt Grellingen	2001/310
1995/026	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 6. Februar 1995: Mehr Organisationsfreiheit an den Volksschulen	2001/105
1996/151	Postulat von Claudia Roche vom 10. Juni 1996: Anerkennung des Instrumental-Unterrichts als Wahlfach an der Sekundarstufe 1	2001/105
1996/236	Postulat von Peter Tobler vom 31. Oktober 1996: Straffung der vormundschaftlichen Aufsichtsfunktion	1999/182
1996/257	Postulat von Peter Tobler vom 28. November 1996: Ein Grundkonzept "kantonales Strafrecht" für Regierung und Landrat	2001/016
1997/056	Postulat von Eva Chappuis vom 20. März 1997: Erhöhung und Sicherung des Lehrstellenangebotes	2001/293
1997/249	Postulat von Claudia Roche vom 27. November 1997: Eltern Mit Arbeit Mit Eltern	2001/105
1998/168	Postulat von CVP-Fraktion vom 17. September 1998: Vorverschiebung des Einschulungsalters im Kanton Baselland	2001/105
1998/122	Motion von Max Ribi vom 11. Juni 1998: Qualitätssicherung des Progymnasiums als Grundlage zum nahtlosen Übertritt ans Gymnasium	2001/105
1998/111	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für die Ermöglichung eines tieferen Maturitätsalters im neuen Bildungsgesetz	2001/105
1998/112	Motion von FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	2001/105
1998/110	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für zwölf Jahre Gesamtschulzeit von der Primarschule bis zur Matur im neuen Bildungsgesetz	2001/105
1999/007	Motion von Heinz Aebi vom 14. Januar 1999: Gleichberechtigung für Laufentaler Schülerinnen und Schüler	2001/105
1999/006	Motion von FDP-Fraktion vom 14. Januar 1999: Ausbildung der Lehrkräfte der Sekundarstufe I	2001/105
1999/111	Postulat von Christoph Rudin vom 20. Mai 1999: Pädagogische Fachhochschule Nordwestschweiz mit europatäglicher Lehrkräfteausbildung	2001/309
1999/019	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 28. Januar 1999: Überarbeitung des Ausbauprojektes BLT-Linie 11 in den Gemeinden Münchenstein/Reinach	2001/143
1999/142	Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Schaffung einer Fachstelle für interkulturelle Pädagogik	2001/105
1999/231	Motion der Plk des Landrates vom 11. November 1999: Reduktion des versicherbaren Mindestverdienstes für Angestellte, welche dem Personalgesetz unterstehen	2001/200
2000/005	Motion von Hildy Haas vom 13. Januar 2000: Reorganisation des Sprachheilwesens im Kanton Baselland	2001/105
2000/009	Postulat von Max Ritter vom 13. Januar 2000: Auch für den Baselbieter Obstbau beginnt ein neues Jahrtausend!	2001/280

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr neu
2000/188	Postulat von Heinz Mattmüller vom 21. September 2000: Spray - Ex - Dienst gegen illegale Sprayereien	2001/018
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung	2001/236
2000/267	Postulat von Gerold Lusser vom 14. Dezember 2000: Schaffung einer paritätischen Planungs- und Kontrollkommission für Spitalfragen (in Zusammenhang mit Fragen die Medizinische Fakultät der Universität Basel)	2001/236
2000/265	Postulat von Urs Hintermann vom 14. Dezember 2000: Beiträge für Niederstammobstbäume	2001/280
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung	2001/236
2001/008	Postulat von Hildy Haas vom 11. Januar 2001: Der Erziehungsrat, eine Fachkommission oder ein politisches Gremium?	2001/105

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein	13/05/1991
1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	20/11/1991
1991/092	Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1988/278	Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	01/06/1992
1991/195	Postulat von Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe	01/02/1993
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/010	Postulat der Petitionskommission vom 12. Januar 1994: Sicherung des Fussgängerübergangs Hauptstrasse Langenbruck durch eine Lichtsignalanlage	31/01/1994
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1994/150	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Juni 1994: Fernheizwerk Liestal, Mitverantwortung für Wärmebenützer	22/09/1994
1994/258	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 "Kostendeckung - Siedlungsabfälle"	16/02/1995
1995/163	Postulat von Esther Aeschlimann-Degen vom 11. September 1995: Bedarfslichtsignalanlage an der Hauptstrasse in Aesch, Tempo 50 ab Kreuzung Arlesheimerstrasse	09/11/1995
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen	05/02/1996
1995/218	Postulat von Theo Weller vom 4. Dezember 1995: Regelungsbedarf für den atmosphärischen Gaskessel	05/02/1996
1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen)	18/04/1996
1996/150	Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet	09/01/1997
1996/235	Postulat der Petitionskommission vom 29. Oktober 1996: Petition des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (NWA) betreffend Stilllegung des Superphénix in Ceys-Malville (F), Ausbau des Kernkraftwerks Fessenheim (F) sowie Errichtung eines Atommüll- Endlagers Malsburg-Marzell (D)	09/01/1997
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läuelfingen - Olten	25/09/1997
1997/133	Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Angebot von Dienstleistungen des Sicherheitsinspektorates an die Nachbarkantone	04/12/1997
1998/079	Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel	28/05/1998
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	04/03/1999
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	15/04/1999
1998/264	Postulat von Esther Maag vom 17. Dezember 1998: Wie hält es der Kanton Baselland mit Minergie?	20/05/1999
1999/130	Postulat von BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen	11/11/1999

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/058	Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen	11/11/1999
1999/100	Postulat von Max Ritter vom 29. April 1999: Förderung bodenschonender Anbausysteme im Kanton Basel-Landschaft	11/11/1999
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
1999/254	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden	24/02/2000
1999/189	Postulat von FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentlastung Leimental	06/04/2000
2000/062	Postulat von Alfred Zimmermann vom 23. März 2000: Paritätische Vertretung in der Fluglärmkommission	07/09/2000
2000/134	Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft	21/09/2000
2000/117	Postulat von Peter Holinger vom 18. Mai 2000: Umgestaltung, Verschönerung und Verbesserung des Bahnhofareals in Liestal	21/09/2000
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	21/09/2000
2000/119	Postulat von Esther Maag vom 18. Mai 2000: Bahnhofgestaltung der Kantonshauptstadt	21/09/2000
2000/132	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln	21/09/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/133	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sport und Umwelt an runden Tisch	30/11/2000

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	07/05/1992
1994/011	Postulat von Max Ribi vom 20. Januar 1994: Einführung einer Abschlussprüfung und einer Eignungsabklärung am Ende der Sekundarschulstufe I, Änderung von § 57 des Schulgesetzes	10/02/1994
1995/200	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS	25/01/1996
1996/020	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS	25/03/1996
1998/157	Postulat von Franz Ammann vom 3. September 1998: Bericht und Interventionsprogramme gegen Gewalt und Vandalismus an den Schulen	04/03/1999
1999/268	Postulat von Robert Ziegler vom 15. Dezember 1999: Unterstützung von Sportvereinen in der Integration jugendlicher Ausländerinnen und Ausländer	27/01/2000
1999/267	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 15. Dezember 1999: Einleitung eines Revisionsverfahrens des Konkordats über die Schulkoordination an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse	23/03/2000
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2000/167	Postulat von Peter Holinger vom 7. September 2000: Gesamtkonzept der beruflichen Nachwuchsförderung	30/11/2000
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1988/207	Postulat von Eva Rüetschi vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	30/08/1990

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1991/285	Postulat von Jörg Affentranger vom 12. Dezember 1991: Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes	18/02/1993
1988/202	Postulat von Max Kamber vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	30/08/1990
1992/249	Postulat von Peter Brunner vom 9. November 1992: Anpassung des Kinderabzuges von 400 Franken (Staatssteuer) an die Teuerung und sozialer Ausgleich für die Einführung und Erhöhung kantonaler und kommunaler Gebühren und Tarife	18/03/1993
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip	16/02/1995
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht	16/02/1995
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.)	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	15/01/1996
1995/220	Postulat von Jacqueline Halder vom 4. Dezember 1995: Einführung schadstoffabhängiger Landetagen und weiterer Massnahmen auf dem EuroAirport Basel-Mulhouse	25/01/1996
1996/239	Postulat von Karl Rudin vom 31. Oktober 1996: Nicht mehr zeitgemässe Leumundszeugnisse	06/02/1997
1997/104	Postulat von SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz)	19/03/1998
1998/036	Postulat von FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen	14/05/1998
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	14/05/1998
1997/169	Postulat von Alfred Zimmermann vom 4. September 1997: Euro Airport: Emissionsgebühren für schmutzige Flugzeuge	11/06/1998
1998/048	Postulat von CVP-Fraktion vom 12. März 1998: Bevölkerungsfreundliche und zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens Basel-Mülhausen-Freiburg	11/06/1998
1998/081	Postulat von Esther Maag Zimmer vom 23. April 1998: Fürsorgekosten-Lastenausgleich	15/10/1998
1998/113	Postulat von Uwe Klein vom 28. Mai 1998: Neues Sozialgesetz - Materielle Solidarisierung der Fürsorgeaufwendungen unter den Gemeinden	15/10/1998
1998/153	Postulat von CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien	17/12/1998
1999/018	Postulat von Eugen Tanner vom 28. Januar 1999: Stabilisierungsprogramm des Bundes: Entlastung der Gemeinden	29/04/1999
1999/010	Postulat von Sabine Stöcklin vom 14. Januar 1999: Sicherung der Umwelt- und AnwohnerInnen schutzes beim Flughafen Basel - Mülhausen	29/04/1999
1999/248	Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!	25/11/1999
1999/221	Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung / Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner	16/12/1999
1999/187	Postulat von Esther Maag vom 16. September 1999: Mehr Gemeindeautonomie bei Initiative und Referendum	13/01/2000
1999/188	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 16. September 1999: Änderung oder Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses über die Bewertung der Aktien für die Vermögensbesteuerung vom 21. Januar 1975 (331.12)	13/01/2000
1999/256	Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" -Analysen für kantonale Vorhaben	24/02/2000
1999/233	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Anstellungsverhältnisse an Jugendmusikschulen	24/02/2000
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung	13/04/2000
2000/065	Postulat von Remo Franz vom 23. März 2000: Schneller zahlen ist Wirtschaftsförderung	04/05/2000
1999/232	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	04/05/2000

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/135	Postulat von Peter Holinger vom 8. Juni 2000: Konkurrenz der Privatwirtschaft durch öffentliche Betriebe	16/11/2000
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	30/11/2000
2000/223	Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000	13/12/2000
2000/214	Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen	13/12/2000

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1976/142	Postulat von Adrian Müller vom 5. Februar 1976: Reorganisation der Amtsvormundschaften	08/04/1976
1994/175	Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration	20/10/1994
1994/169	Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"	20/10/1994
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980	05/02/1996
1998/259	Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr	15/04/1999
1998/218	Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung	15/04/1999
1998/221	Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte	15/04/1999
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	13/01/2000
1999/170	Postulat von FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!	27/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	27/01/2000
1999/137	Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen	10/02/2000
2000/064	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 23. März 2000: Einführung von staatlichen (oder staatlich anerkannten, kontrollierten und geförderten) Vorbereitungskursen für einbürgerungswillige ausländische Staatsangehörige	16/11/2000

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1996/218	Postulat von Claudia Roche vom 17. Oktober 1996: Berufsmaturität für Berufe im Gesundheitswesen	20/03/1997
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	18/09/1997
1997/132	Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung	04/12/1997
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei aerztlicher Selbstdispensation	05/02/1998
1998/039	Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten	14/05/1998
1999/017	Postulat von Max Ritter vom 28. Januar 1999: Schaffung von zentralen Kadaversammelstellen	29/04/1999
1999/098	Postulat von BPK vom 29. April 1999: Korrektur der Schwachstellen im Rheinhafen	11/11/1999
1999/247	Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs	25/11/1999

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/245	Postulat von SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik	25/11/1999
1999/215	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	16/12/1999
1999/202	Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal	10/02/2000
1999/169	Postulat von FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein	23/03/2000
2000/082	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. April 2000: Berufe im Gesundheitswesen	19/10/2000
2000/142	Postulat von Franz Hilber vom 22. Juni 2000: Kampfhunde "an die Leine"	19/10/2000
2000/170	Postulat von Maya Graf vom 7. September 2000: Ein Oeko-Label für den Baselbieter Wald	14/12/2000

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/197	Postulat von FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung	15/04/1999

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/219	Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal	04/03/1999
1998/192	Motion von FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1992/025	Motion von Max Ribi vom 23. Januar 1992: Vereinfachung der Steuererhebung und Verminderung der Verärgerung des Steuerzahlers	18/02/1993
1988/006	Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge)	13/11/1989
1997/031	Motion von Karl Rudin vom 6. März 1997: Baselland wird bis zum Jahr 2000 zum familienfreundlichen Kanton	12/06/1997
1988/005	Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter	13/11/1989
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	15/01/1996

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1980/138	Motion von Werner Zahn vom 1. September 1980: Revision der Rechtserlasse über das Hausierwesen	10/11/1980
1997/203	Motion von Paul Schär vom 16. Oktober 1997: Neuauflage Gastwirtschaftsgesetz	22/01/1998

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	20/03/1997

2.5 Im Jahre 2001 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal	08/02/2001
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2000/273	Postulat vom 29. Dezember 2000: 2 Petitionen zum Problem Tramlärm	22/02/2001
2000/229	Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum	05/04/2001
2001/056	Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch	05/04/2001
2001/026	Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren	05/04/2001
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung	05/04/2001
2000/197	Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen	05/04/2001
2001/068	Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien	10/05/2001
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"	31/05/2001
2001/117	Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	31/05/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/112	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	31/05/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim)	29/11/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2001/229	Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food"-, "Fast drink" -Abgabe	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	29/11/2001
2001/169	Postulat von Rita Bachmann vom 21. Juni 2001: Sicherheit im Kreisel für Zweiradfahrer und -fahrerinnen	29/11/2001

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/244	Postulat von FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden	22/02/2001
2001/055	Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"	26/04/2001

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/198	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Betriebswirtschaftliche Grundlagen für partnerschaftliche Geschäfte	11/01/2001
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2001/005	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft	05/04/2001
2001/045	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung	31/05/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/046	Postulat von Esther Maag vom 22. Februar 2001: Viel Arbeit, viel Ehre(?) - wenig Qualifikation	20/09/2001
2001/134	Postulat von Theo Weller vom 10. Mai 2001: Der Staat als Auftragnehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft	13/12/2001
2001/094	Postulat von Thomas Haegler vom 5. April 2001: Studie über die Fiskalbelastungen, Sozialleistungen usw. von Mietern und Wohneigentümern im Baselbiet	13/12/2001

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/006	Postulat von Rita Kohlermann vom 11. Januar 2001: Eco-Drive-Technik für ressourcenschonendes Fahren	26/04/2001
2001/003	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche	26/04/2001
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	29/11/2001
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr	29/11/2001
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	29/11/2001
2001/289	Postulat von Willi Grollmund vom 29. November 2001: Mehr Sicherheit im Belchentunnel	29/11/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung	25/01/2001
2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	25/01/2001
2001/033	Postulat von Max Ritter vom 8. Februar 2001: Poststellenschliessung - Noch zwei Poststellen im Kreis Gelterkinden?	08/02/2001
2001/032	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Zukunftssicherung der Postdienstleistungen im Baselbiet	08/02/2001
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes	22/02/2001
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	31/05/2001
2001/115	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareal	31/05/2001
2001/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung eines Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	31/05/2001
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion	13/12/2001

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/116	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Optimierung des kantonalen Bewilligungswesens (Verkürzung der Bearbeitungszeiten)	31/05/2001

2.6 In den Jahren 2000 bis 2001 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/066	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Elektrizitätsmarktöffnung: Anpassung der kantonalen Gesetzgebung	31/05/2001

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	22/02/2001
2001/004	Motion von Christoph Rudin vom 11. Januar 2001 und der Erziehungs- und Kulturkommission vom 30. August 2001: Standesinitiative zur Koordination der kantonalen Bildungssysteme	22/02/2001
2001/113	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel	31/05/2001
2001/133	Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben	31/05/2001
2000/213	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSA) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB	30/11/2000

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen	02/11/2000
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	08/06/2000
1999/198	Motion von SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden	13/01/2000
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft	22/02/2001
1999/167	Motion von Bruno Krähenbühl vom 2. September 1999: Revision des Gesetzes über die Versicherung von Gebäuden, Grundstücken und Fahrhabe (Sachversicherungsgesetz) vom 12. Januar 1981	13/01/2000
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	04/05/2000
2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten	05/04/2001
2001/283	Motion von Roland Laube vom 22. November 2001: Kinderabzug vom Steuerbetrag	13/12/2001
2001/155	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung	13/12/2001

Justiz-, Polizei- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz)	20/09/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/216	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Schaffung von Strukturen für die Koordination nach innen und den gemeinsamen Auftritt nach aussen, die dem Kanton Basel-Landschaft eine optimale touristische Weiterentwicklung ermöglichen	23/03/2000

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/034	Motion von FDP-Fraktion vom 10. Februar 2000: Überprüfung der heute noch bestehenden Konkordatsverträge und Erarbeitung allfälliger Aenderungsvorschläge	06/04/2000
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	31/05/2001
2001/067	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftssicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"	31/05/2001
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	29/11/2001
2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	29/11/2001
1999/217	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Erarbeitung einer Wertschöpfungsstudie als Grundlage für die Optimierung der touristischen Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft	23/03/2000

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/144	Motion von Rita Bachmann vom 22. Juni 2000: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte	16/11/2000

ANHANG 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

1. Neue Initiativen

2001 sind 0 (2000: 2) neue Initiativen eingereicht worden.

2. Beim Regierungsrat hängige Initiativen

Titel	Änderung der Rechtsform bzw. Verselbständigung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BL PK)
Typ	nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	10. April 2000
Zustandegekommen (Publikation)	20. April 2000
Anzahl gültige Unterschriften	Zustimmungsbeschlüsse von fünf Einwohnergemeinden
Begründung der Fristüberschreitung	Das Begehren der Initiative ist sinnvollerweise nicht separat, sondern im Rahmen der anstehenden Totalrevision der Statuten der Pensionskasse zu behandeln. Die komplexe Materie der gesamten Revision hat eine längere Bearbeitung nötig. Der Entwurf der entsprechenden Landratsvorlage wird in Kürze in die Vernehmlassung gehen.
Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustandegekommen (Publikation)	1. Juli 1999
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Begründung der Fristüberschreitung	Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Argumentation im Initiativtext und den bilateralen Verträgen Schweiz-EU. Die federführende Finanz- und Kirchendirektion ging davon aus, dass die Verträge per 1.1.2002 in Kraft treten werden. Mit der Verzögerung des Inkrafttretens der bilateralen Verträge hat sich auch die Behandlung der Initiative verzögert.
Titel	Gerechte Steuern für Mieterinnen und Mieter
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	23. April 1998
Eingereicht am	12. Januar 1999
Zustandegekommen (Publikation)	18. Februar 1999
Anzahl gültige Unterschriften	1'814

Begründung der Fristüberschreitung	Der Vorschlag des Regierungsrates, dieser Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, hat sich im Rahmen des im Frühjahr 2001 durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens als nicht tragfähig erwiesen. Der Regierungsrat sieht deshalb von einem direkten Gegenvorschlag ab und hat einen neuen Lösungsvorschlag in die Vernehmlassung geschickt; dieser soll per Ende März 2002 dem Landrat überwiesen werden. Diese Vorlage sollte nach dem Verständnis des Regierungsrates gleichzeitig mit der Initiative behandelt werden, da sie materiell auch Punkte daraus (rechtsgleiche Behandlung von Mietern und Wohneigentümern) behandelt. Die nochmalige Ausarbeitung inkl. Vernehmlassung einer neuen Vorlage hat zu einer zeitlichen Verzögerung geführt.
Titel	Kostengerechte Vergütung von Solarstrom (Baselbieter Solarinitiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'581
Begründung der Fristüberschreitung	Die Initiative stand in einem direkten Zusammenhang mit den drei Energievorlagen des Bundes, welche am 24.9.2000 vom souverän abgelehnt wurden. Die Bau- und Umweltschutzdirektion hat EBM und EBL im November 2001 ein "partnerschaftliches Photovoltaikprogramm" zur Prüfung unterbreitet mit der Erwartung, dass eine Zustimmung zu diesem Programm durch EBM und EBL die Initianten zu einem Rückzug der Initiative bewegen könnte. Eine vorsichtig optimistische Antwort von EBM und EBL ist am 15.1.2002 bei der BUD eingetroffen.
Titel	Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Begründung der Fristüberschreitung	Die Initiative stand in einem direkten Zusammenhang mit den drei Energievorlagen des Bundes, welche am 24.9.2000 vom souverän abgelehnt wurden. Im Jahre 2001 hat eine von der Bau- und Umweltschutzdirektion beauftragte Expertengruppe die möglichen Handlungsfelder für die künftige kantonale Energiepolitik zusammengestellt. Diese Vorarbeiten werden 2002 hinsichtlich Umsetzbarkeit und Machbarkeit von einer erweiterten Expertengruppe geprüft werden. Daraus ergeben sich neue "Grundsätze der kantonalen Energiepolitik" und ein erneuertes Energiegesetz. Damit dürfte die "Faktor 4-Initiative" wahrscheinlich gegenstandslos werden. Jedenfalls will die BUD nach der personellen Besetzung der erweiterten Expertengruppe noch im 1. Quartal 2002 mit den Initianten das Gespräch in diesem Sinne weiterführen.
Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)

Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustandegekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Begründung der Fristüberschreitung	Die Initiative wird im Zusammenhang mit der Vorlage zur Übernahme der Sekundarschulanlagen behandelt.

3. Beim Landrat hängige Initiativen

Keine.

4. Abstimmungsreife Initiativen

Titel	"Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik"
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	4. Februar 1999
Eingereicht am	10. November 2000
Zustandegekommen (Publikation)	21. Dezember 2000
Anzahl gültige Unterschriften	1'606
Abstimmung am	3. März 2002

5. Durch Eintreten, Volksabstimmung, Rückzug oder Ungültigerklärung erledigte Initiativen

Titel	Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	3. Mai 1995
Zustandegekommen (Publikation)	11. Mai 1995
Zurückgezogen	14. Dezember 2001
Titel	Separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen
Typ	Nichtformulierte Initiative
Eingereicht am	3. Mai 1995
Zurückgezogen am	14. Dezember 2001
Titel	"Heide-Hund" und Naturschutz gemeinsam
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	3. September 1998
Eingereicht am	6. Dezember 1999
Zustandegekommen (Publikation)	13. Januar 2000
Anzahl gültige Unterschriften	1'782
Vom Landrat behandelt am	7. September 2000 (Empfehlung auf Ablehnung, Abstimmung am 4.3.2001))
Abstimmung vom	4. März 2001 (Initiative abgelehnt)
Titel	Für eine vernünftige Erbschaftssteuer
Typ	Formulierte Volksinitiative

Publikation der Vorprüfung	5. Februar 1998
Eingereicht am	12. Juni 1998
Zustandegekommen (Publikation)	3. Juli 1998
Anzahl gültige Unterschriften	3'057
Vom Landrat behandelt am	19. Oktober 2000 (Empfehlung auf Annahme, Abstimmung am 4.3.2001))
Abstimmung vom	4. März 2001 (Initiative angenommen)
Titel	Sperrfrist-Initiative
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	9. September 1999
Eingereicht am	13. Oktober 1999
Zustandegekommen (Publikation)	18. November 1999
Anzahl gültige Unterschriften	2'884
Landratsvorlage	2000/195
Kommissionsbericht vom	14. Februar 2001
Zurückgezogen am	21. März 2001
Titel	Beschleunigungs-Initiative
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	9. September 1999
Eingereicht am	13. Oktober 1999
Zustandegekommen (Publikation)	18. November 1999
Anzahl gültige Unterschriften	2'685
Landratsvorlage	2000/194
Kommissionsbericht vom	14. Februar 2001
Zurückgezogen am	25. Juni 2001 (zugunsten Gegenvorschlag)

6. Angemeldete Initiativen

Folgende Initiativen sind 2001 (2000: keine) erst zur Vorprüfung eingereicht worden:

- Optimale Verkehrsstau-Bewältigung (Anti-Stau-Initiative); Formulierte Gesetzesinitiative; Publikation der Vorprüfung: 22. November 2001
- Realisierung der 3. Tunnelröhre am Belchen (Belchentunnel-Initiative); Formulierte Gesetzesinitiative; Publikation der Vorprüfung: 22. November 2001
- Verfassungsinitiative für eine faire Partnerschaft; Formulierte Volksinitiative; Publikation der Vorprüfung: 19. April 2001
- Spitalinitiative; Nichtformulierte Volksinitiative; Publikation der Vorprüfung: 12. April 2001
- Sicherheitsinitiative; Nichtformulierte Volksinitiative; Publikation der Vorprüfung: 12. April 2001
- Bildungsinitiative; Nichtformulierte Volksinitiative; Publikation der Vorprüfung: 12. April 2001
- Für eine Schule mit Qualität (Qualitäts-Initiative); Nichtformulierte Volksinitiative; Publikation der Vorprüfung: 8. Februar 2001